

Die Evangelische Kirche in Backnang von 1933 bis 1945

Von Cornelius Kuttler

Vorbemerkung

Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformatoren neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.¹

Diesem Fundament hatte sich die evangelische Kirche verpflichtet und sich somit selbst den Maßstab gegeben, das Evangelium von Jesus Christus, dem sie in ihrem Tun und Lassen verpflichtet war.

Diese Arbeit soll dazu beitragen, zu prüfen, inwieweit die evangelische Kirche und insbesondere die Backnanger Kirchengemeinde dieser Verpflichtung nachgekommen ist.

Die Schwierigkeit der Beantwortung dieser Frage soll hier kurz anhand der ambivalenten Haltung des damaligen württembergischen Landesbischofs Dr. Theophil Wurm zum Staat und zur NSDAP umrissen werden.

So beglückwünschte er einerseits den NS-Gauleiter von Württemberg und Hohenzollern, Wilhelm Murr, zu dessen Wahl zum württembergischen Staatspräsidenten am 17. 3. 1933 mit den Worten: *Möge es unter Ihrer Leitung gelingen, die Auswirkungen der großen politischen Wende, in der wir stehen, in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zum Heil unseres Volkes sich vollziehen zu lassen.*²

Andererseits wandte er sich 1943 in einem Brief an den Reichsminister Lammers vehement gegen die Politik des Staates: *Nicht aus irgendwelchen philosemitischen Neigungen, sondern lediglich aus religiösem und ethischem Empfinden heraus muß ich in Übereinstimmung mit dem Urteil aller positiv christlicher Volkskreise in Deutschland erklären, daß*

*wir Christen diese Vernichtungspolitik gegen das Judentum als ein schweres und für das deutsche Volk verhängnisvolles Unrecht empfinden.*³

Da die evangelische Kirche in Deutschland und der Kirchenkampf im Dritten Reich eine sehr komplexe und beinahe verworrene Struktur aufweisen, möchte ich mich auf die evangelische Kirche in Württemberg und speziell auf Backnang beschränken. Ein Ausblick auf die Situation im übrigen Deutschland soll nur in einigen Verweisen und Vergleichen gegeben werden.

1. Die Situation der evangelischen Kirche in Deutschland von 1933 bis 1945

1.1. Vor der Machtergreifung Hitlers 1933

Die evangelische Kirche wird im Gegensatz zur katholischen Kirche nicht zentralistisch verwaltet, sondern ist seit ihrem Entstehen im 16. Jahrhundert entsprechend den jeweiligen Territorien selbständig organisiert. Als Bischof standen den Landeskirchen die jeweiligen Landesherren vor. Mit dem Abdanken der Fürsten löste sich diese enge Bindung zwischen Kirche und Staat. In Württemberg trat mit der Abdankung König Wilhelms II. am 30. 11. 1918 ein 1898 erlassenes Gesetz in Kraft, das ein besonderes Gremium mit der Ausübung des bisher landesherrlichen Kirchenregiments betraute. An die Stelle des Landesherrn, des Summus episcopus, trat eine evangelische Kirchenregierung, bestehend aus zwei Ministern, den Präsidenten des Konsistoriums und der Landessynode sowie einem Prälaten. Es wurde ein verfassungsgebender Kirchentag gewählt und

¹ Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. Juli 1933. – In: Paul Sauer, Gerhard Schäfer: *Unerwartete Wege*. 1. Stuttgart 1988, S. 195.

² Sauer, Schäfer (wie Anm. 1), S. 182.

³ Gerhard Schäfer: *Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat*. Stuttgart 1968, S. 312.



Kirchenrat Karl Gutbrod, 1932 bis 1937 Pfarrer in Backnang.

eine neue Kirchenverfassung beschlossen. An der Spitze der Kirche stand seit 1924 D. Johannes Merz als Kirchenpräsident.

Da jede Landeskirche aufgrund der historischen Entwicklung und der Umwälzungen der Weimarer Republik selbständig war, ist es schwierig, von der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ zu sprechen. Es gehörten zur damaligen evangelischen Kirche nämlich nicht weniger als 28 Landeskirchen, von der größten, der preußischen Landeskirche mit rund 19 Millionen Mitgliedern, bis zu den kleinsten, den Landeskirchen von Birkenfeld oder Lübeck etwa, die weniger als 50 000 Mitglieder zählten. Erschwerend kam hinzu, daß sich die Landeskirchen, ebenfalls bedingt durch die historische Entwicklung, nicht einer gemeinsamen theologischen Richtung zuordneten, sondern sich in zwei große konfessionelle Richtungen aufspalteten: die sich an Luther anschließenden Lutheraner und die von Calvin herkommenden Reformierten. Dazu kamen seit dem 19. Jahrhundert noch Kirchen, in denen beide

Richtungen verbunden waren, die sogenannten unierten Landeskirchen. Um einen besseren Überblick über die verwirrende Struktur der evangelischen Kirche zu gewinnen, will ich die jeweiligen Landeskirchen, wie sie 1934 existierten, auführen.

Die deutschen evangelischen Landeskirchen

I. Lutherische Kirchen

1. Evangelisch-lutherische Landeskirche des Freistaats Sachsen
2. Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers
3. Evangelische Landeskirche in Württemberg
4. Evangelisch-lutherische Kirche in Bayern rechts des Rheins
5. Thüringer evangelische Kirche
6. Evangelisch-lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins
7. Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate
8. Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs
9. Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche
10. Evangelisch-lutherische Kirche des Landesteils Oldenburg
11. Evangelisch-lutherische Kirche im Lübeckischen Staate
12. Evangelisch-lutherische Kirche von Schaumburg-Lippe
13. Evangelisch-lutherische Landeskirche des Landesteils Lübeck im Freistaat Oldenburg

II. Reformierte Kirchen

14. Evangelisch-reformierte Landeskirche der Provinz Hannover
15. Lippische Landeskirche

III. Unierte Landeskirchen

16. Evangelische Kirche der altpreußischen Union
 - 16.1 Kirchenprovinz Mark Brandenburg
 - 16.2 Kirchenprovinz Pommern
 - 16.3 Kirchenprovinz Grenzmark-Posen-Westpreußen
 - 16.4 Kirchenprovinz Ostpreußen
 - 16.5 Kirchenprovinz Schlesien
 - 16.6 Kirchenprovinz Sachsen
 - 16.7 Kirchenprovinz Westfalen

- 16.8 Kirchenprovinz Rheinland
- 17. Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen
- 18. Evangelische Landeskirche Kurhessen-Waldeck
- 19. Vereinigte evangelisch-protestantische Landeskirche Badens
- 20. Vereinigte protestantisch-evangelisch-christliche Kirche der Pfalz (Pfälzische Landeskirche)
- 21. Evangelische Landeskirche Anhalts
- 22. Bremische Evangelische Kirche⁴

Diese selbständigen Landeskirchen waren in einem lockeren Bund, dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund organisiert, den drei Organe repräsentierten:

1. Der Deutsche Evangelische Kirchentag, ein Parlament von 210 Delegierten aller evangelischen Landeskirchen und kirchlichen bzw. theologischen Institutionen und Verbände

2. Der Deutsche Evangelische Kirchenbundesrat, die Vertretung aller Landeskirchenleitungen

3. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, bestehend aus je 18 Mitgliedern des Deutschen Evangelischen Kirchentages und des Deutschen Evangelischen Kirchenbundesrates; das geschäftsführende und ausführende Organ.

„Jedes Bemühen, sich in angemessener Weise mit den Ereignissen und Fragen des Kirchenkampfes zu beschäftigen, muß von dem Versuch ausgehen, wenigstens in Umrissen die Situation der Jahre 1932/33 und der Zeit davor aufzuzeigen“.⁵

Die Kirche stand nach dem Ersten Weltkrieg der neuen demokratischen Regierung von Sozialdemokratie und Kommunismus kritisch gegenüber. Diese Abneigung der Kirche beruhte zum einen auf dem antireligiösen Charakter der Weltanschauung der Sozialdemokratie bzw. des Kommunismus, deren Folgen man an der Unterdrückung der Kirche in Rußland meinte ablesen zu können. Zum anderen taten instabile politische Verhältnisse, die als Diktat empfundene Friedensverträge und eine desolate Wirtschaft, die die Menschen in die Arbeitslosigkeit trieb, ein übriges.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der stetige Machtzuwachs der neu aufgekommenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-

partei von weiten Teilen der Kirche freudig begrüßt wurde. Die NSDAP gab sich kirchenfreundlich; so wurden z. B. Feldgottesdienste erbeten und der Bolschewismus als der gemeinsame Feind proklamiert. Die Kirche hoffte, durch die NSDAP wieder einen besseren Zugang zu den vom Marxismus beeinflussten Arbeitern zu gewinnen. Sie sah sich in ihrer Meinung über die NSDAP durch deren Parteiprogramm bestätigt, in welchem sich die Partei auf den „Standpunkt des positiven Christentums“ festlegte.

Die Rede vom Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse, die als Norm für die Freiheit der religiösen Bekenntnisse im Staat deklariert wurden, hielt man weiterhin für eine Schwärmerei, die sich legen würde.

1.2. Die Situation der Kirche nach 1933 und der Kirchenkampf in Württemberg bis zur Schulderklärung 1945

Nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 versuchte diese, die Kirche in ihren Machtbereich zu bringen. Die Kirche sollte „gleichgeschaltet“ werden, sowohl äußerlich als auch innerlich. Das bedeutete zum einen, daß aus den 28 zersplitterten, nur sehr locker im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengehaltenen deutschen Landeskirchen eine einheitliche Deutsche Evangelische Kirche geschaffen werden sollte. Zum anderen wollten Partei und Staat die Deutsche Evangelische Kirche fest in den Griff bekommen. Statt einer an Schrift und Bekenntnis orientierten Theologie sollte ein „artgemäßes Christentum“ eingeführt werden.

Um ihre Interessen in der Kirche durchzusetzen, bediente sich die NSDAP der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“. Diese Bewegung wurde am 11. 2. 1932 von der NSDAP organisatorisch gegründet, um im evangelischen Kirchengesamtvolk für den Nationalsozialismus Stimmung zu machen. Artikel 4 der Richtlinien der Deutschen Christen vom Mai 1932 enthält die Glaubensgrundlage dieser Bewegung: *Wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums. Wir bekennen uns zu einem bejahenden artgemäßen Christus-Glauben, wie er deut-*

⁴ Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder: *Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz*. 3. Stuttgart 1983, S. 29.

⁵ Martin Klumpp (Hrsg.): *Wer ist unser Herr?* 1. Stuttgart 1983, S. 12.

*schem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht.*⁶

Die Deutschen Christen wandten sich gegen die Isolation von Kirche und Volk, und sie setzten sich für volksmissionarische Aktivitäten ein. Dies war ein entscheidender Grund dafür, daß sich ein Großteil der evangelischen Pfarrerschaft der Glaubensbewegung der DC im Sommer 1933 anschloß.

Die Deutschen Christen griffen auch die Forderung der NSDAP nach einer einheitlichen Reichskirche auf. Da die Zersplitterung der Landeskirchen als überholt angesehen wurde, waren die Leitungen der deutschen Landeskirchen bereit, eine einheitliche Deutsche Evangelische Kirche zu schaffen.

Als Schutz vor einem Abrücken von Grundlage und Auftrag der Kirche übernahm man aus der Verfassung der Württembergischen Landeskirche den Paragraphen 1, der auch Artikel 1 der Reichskirche wurde.

Weiterhin sollte die Reichskirche in Landeskirchen gegliedert sein, die in Bekenntnis und Lehre selbständig bleiben sollten. An der Person des „Reichsbischofs“ entbrannte ein Streit. Eine Mehrheit der Landeskirche stimmte für Pastor Fritz von Bodelschwingh, eine Minderheit, darunter auch Landesbischof Wurm, für den auch von Hitler unterstützten Wehrmachtspfarrer Ludwig Müller. Auf Druck von Partei und Staat mußte Pastor Bodelschwingh nach vier Wochen wieder zurücktreten, und Müller wurde als Reichsbischof eingesetzt.

Am 11. 7. 1933 wurde die Reichskirchenverfassung von den Landeskirchen unterschrieben. Daraufhin wurden am 23. 7. 1933 von der NSDAP Kirchenwahlen durchgeführt. Die Wahlen endeten mit einem überwältigenden Sieg der Deutschen Christen. Dieser Sieg beruhte zum einen auf den von der Partei mobilisierten bisherigen Nichtwählern und der sonstigen Unterstützung durch die NSDAP.

Zum anderen wurden in Württemberg und in anderen Landeskirchen nur fingierte Kirchenwahlen durchgeführt, da Vereinbarungen über das Kräfteverhältnis der jeweiligen Gruppierungen geschlossen wurden. So wurde in Württemberg eine Mehrheit von 32 Abgeordneten der Deutschen Christen (DC) zu 28 anderen Abgeordneten im Landeskirchentag

ausgehandelt. Aber diese Vormachtstellung der DC wurde schnell gebrochen, zumindest in Württemberg, da sich wenige Monate später, im November 1933, über 200 Pfarrer, darunter viele Synodale des Landeskirchentages, von den DC trennten, weil sie deren theologische Überzeugungen nicht mehr teilen konnten. Diese waren bei einer Großkundgebung der DC im Berliner Sportpalast Anfang November 1933 benannt worden: „Befreiung von der jüdischen Moral und von den Viehhändler- und Zuhältergeschichten des Alten Testaments, von der paulinischen Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie, Schaffung eines artgemäßen Christentums mit einem „heldischen“ Jesus, Ausschluß der Nichtarier aus der Deutschen Kirche.“⁷

Diese Haltung konnte von vielen bisherigen DC-Mitgliedern nicht mehr toleriert werden, da sie offenkundig dem Artikel 1 der Kirchenverfassung widersprach. Trotzdem beherrschten die DC immer noch die Reichskirche und hatten alle Landeskirchenleitungen, bis auf diejenigen von Württemberg, Bayern und Hannover in ihrer Hand. Diese drei Landeskirchen behielten ihre alten Kirchenleitungen und blieben so „intakt“. In den „zerstörten“ Landeskirchen, d. h. in den Kirchen, in denen die DC die Herrschaft übernommen hatten, bildeten sich Bruderräte, welche die geistliche Leitung der Kirchen ausübten. Sie bildeten die Gegenpole zu den Deutsch-Christlichen Kirchenleitungen und orientierten sich an Bibel und Bekenntnis. Der eigentliche Grund für den Kirchenkampf, d. h. für den Kampf der Kirche gegen die DC und später gegen die Politik des Staates, war dieser Streit um Bibel und Bekenntnis. Aber der Angriff auf die Kirche erfolgte zunächst nicht so sehr auf theologischem Gebiet, sondern in Gestalt von Fragen der Organisation. Am 2. März 1934 wurde ohne Absprache mit den Landeskirchen das Gesetz über die Jugendarbeit in der Deutschen Evangelischen Kirche erlassen. Die kirchliche Jugendarbeit mußte sich nunmehr nur noch auf die Wortverkündigung beschränken, die sportlichen Aktivitäten blieben der Hitlerjugend vorbehalten, in die der Reichsbischof Müller die evangelische Jugendarbeit schon im Dezember 1933 eingegliedert hatte.

⁶ Röhm, Thierfelder (wie Anm. 4), S. 25.

⁷ Klumpp (wie Anm. 5), S. 21.



Pfarrer Goes.

Nach einem weiteren Gesetz vom 2. März 1934 übernahm der Reichsbischof unmittelbar die Leitung der Kirche der „Altpreußischen Union“. Damit war die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche verletzt, die die Eigenständigkeit jeder Landeskirche garantierte. Der Reichsbischof trat als unumschränkter Herrscher auf. Gegen diese Maßnahme protestierende Pfarrer in Preußen wurden ihres Amtes enthoben. Durch sein Vorgehen verlor der Reichsbischof den Rest des Vertrauens, das er in den nicht deutsch-christlichen Kirchen noch besessen hatte, und er bewirkte den Protest der Landesbischöfe Wurm, Meiser und Marahrens bei Hitler. Als Ergebnis der enttäuschenden Audienz bei Hitler richtete man sich in der Kirche auf einen langwierigen Kampf ein. Der württembergische und der bayerische Landesbischof schlossen eine Allianz zur Abwehr der Angriffe auf die Kirche. Der Angriff auf die württembergische Landeskirche setzte im Frühjahr 1934 ein. Der „Ständige Ausschuß“ des württembergischen Landeskirchentages, in dem die DC immer noch die Mehrheit besaßen, sollte über den Haushaltsplan der Landeskirche beraten. Dabei forderten die DC die Umbildung des Gemeindedienstes und der Kirchenleitung. Wurm verabschiedete deshalb

eigenmächtig den Haushaltsplan aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes. Für den Beschluß über die Erhebung der Kirchensteuer mußte aber dennoch der Landeskirchentag einberufen werden. Im Gegensatz zum „Ständigen Ausschuß“ hatten die DC im Landeskirchentag ihre Mehrheit verloren, seit im Herbst 1933 eine Gruppe von Abgeordneten wegen der immer deutlicher werdenden Irrlehre der DC sich von ihnen getrennt hatte. So bestand die Gefahr, daß Wurm vor dem Landeskirchentag Stellung nehmen würde zu den Vorgängen in der Deutschen Evangelischen Kirche und daß Forderungen der DC öffentlich abgelehnt werden würden. Deshalb mußte das Zusammentreten des Landeskirchentages verhindert werden. Der Reichsbischof Müller erzwang trotz aller Proteste eine Sitzung des „Ständigen Ausschusses“, an der sich die Leitung der württembergischen Kirche nicht beteiligte und die deshalb ohne Ergebnis endete. Außerdem wurde die Kirchenleitung mit einer Verordnung konfrontiert, nach der die verfassungsmäßig allein dem Landesbischof zustehende Einberufung des Landeskirchentages an die Zustimmung des Reichsbischofs gebunden wurde. Auf diesen offenkundigen Verfassungsbruch hin erhob sich ein Proteststurm gegen den Eingriff des Reichsbischofs in Württemberg. Dieser Rechtsbruch war der Auslöser für die Bildung der „Bekennnisfront“. Diese „Bekennende Kirche“ war eine Vereinigung aus Vertretern der noch „intakten Kirchen“ und der bruderrätlich geleiteten Kirchen. Die „Bekennende Kirche“ verstand sich nicht als Zusatz zur Reichskirche, sondern nahm für sich in Anspruch, die schrift- und bekenntnisgemäße Deutsche Evangelische Kirche zu sein anstelle der, ihrer Meinung nach, illegitimen Institution, die dem Reichsbischof Müller unterstand. Die Bekenntnisfront versammelte sich am 22. 4. 1934 in Ulm und dann vom 29. 5. bis 31. 5. 1934 in Barmen zur 1. Deutschen Bekenntnissynode, in der sie sich eindeutig dem Drängen von Partei und Reichskirche widersetzte. Unter anderem heißt es in diesem „Barmer Bekenntnis“:

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.⁸

⁸ Klumpp (wie Anm. 5), S. 28.



Pfarrer Gutbrod mit den Leuten aus dem Pfarrseminar.

Der Streit um die Kirche intensivierte sich: Kirchliche Veranstaltungen wurden überwacht, Pfarrer an der Ausübung ihres Dienstes gehindert und verhaftet. Die Presse durfte nichts mehr über den Kirchenstreit berichten. In Württemberg erreichten die Auseinandersetzungen im September ihren Höhepunkt. Am 3. September erschien eine Verordnung, die bestimmte, daß die Württembergische Landeskirche in die Reichskirche eingegliedert sei, und somit ihre Selbständigkeit aufhob. Auf eine Umfrage hin stellten sich 80% der Pfarrer hinter Wurm, nur 6,2% stellten sich gegen ihn. Am 14. September wurde Landesbischof Wurm von der widerrechtlich eingesetzten neuen Kirchenleitung beurlaubt, ihm wurde vorgeworfen, er habe kirchliche Gelder veruntreut. Der DC-Pfarrer Eberhardt Krauß wurde als geistlicher kommissarischer Leiter der Landeskirche eingesetzt. Landesbischof Wurm führte seine Amtsgeschäfte jedoch von seiner Wohnung aus weiterhin fort. Er hielt Besprechungen ab und richtete Hirtenbriefe an die Pfarrer. Die Verordnung des Reichsbischofs erregte den Widerstand der Gemeinden, der durch die geplante Auflösung des Landeskirchentages, die Suspendierung mehrerer Stuttgarter Pfarrer und den Hausarrest, dem Bischof Wurm unterstellt war,

noch vergrößert wurde. Die Gemeinden boykottierten die deutsch-christlichen Pfarrer und deren Gottesdienste. Die Pfarrer beachteten die Weisungen der neuen Kirchenleitung nicht, und es versammelten sich in der Zeit, als Landesbischof Wurm unter Hausarrest stand, vor allem sonntags, 5000 bis 6000 Demonstranten vor seinem Haus, die durch das Singen von Chorälen und durch Sprechchöre für ihren Bischof eintraten. In Bayern spielten sich ähnliche Vorkommnisse ab. Diesem Druck der Bevölkerung weichend, setzte Hitler die suspendierten Bischöfe stillschweigend wieder ein.

Aufgrund dieser Ereignisse und der auch andernorts brutal durchgeführten Eingliederungspraxis des Reichsbischofs proklamierte am 19./20. 10. 1934 die in Berlin-Dahlem versammelte 2. Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche ein Notrecht. Die Bruderräte in den „zerstörten“ Kirchen sollten nicht mehr nur die geistliche Leitung wahrnehmen, sondern auch die rechtliche Kirchenleitung ausüben. Die 2. Bekenntnissynode beschloß, sich endgültig von Reichsbischof Müller zu trennen, und errichtete ein eigenes Kirchenregiment unter einer „vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche“. Die

„Bekennende Kirche“ nahm den Kampf mit der Reichskirche und den Deutschen Christen auf. Auf allen kirchlichen Ebenen wurden den deutsch-christlichen Kirchenleitungen bekennnistreue Kirchenleitungen entgegengestellt, und es wurden unter anderem eigene kirchliche Hochschulen eingerichtet, um dem an vielen Hochschulen weit verbreiteten deutsch-christlichen Denken zu entgehen.

In den „intakten“ Kirchen relativierte sich das Problem der DC allmählich. Die DC-Gruppe in Württemberg verlor z. B. ihren kämpferischen Elan durch die Niederlage um den Streit um Landesbischof Wurm. Zudem spaltete sie sich in eine sogenannte gemäßigte und eine völkisch-nationalkirchliche Gruppe auf. Bis 1945 war diese Entwicklung so weit fortgeschritten, daß nur noch wenige DC-Pfarrer Gemeindepfarrer waren.

In der „Bekennenden Kirche“ waren lutherische Kirchen und reformierte Kirchen zusammengeschlossen. Es gab jedoch in der Frage des Verhältnisses dem Staat gegenüber zwei konträre Ansichten. Die eher konservativen lutherischen Kirchen, vor allem durch die „intakten Kirchen“ repräsentiert, vertraten die Meinung, daß der Obrigkeit Gehorsam gebühre, wohingegen die ohnehin schon unter geistlichem Notrecht existierenden reformierten Kirchen eher zu politischer Konfrontation neigten. Zum endgültigen Bruch kam es durch ein 1935 erscheinendes Reichsgesetz, das es der Kirche ermöglichen sollte, ihre Glaubensangelegenheiten selbst zu regeln, dadurch, daß es den Reichsbischof durch einen Reichskirchenausschuß quasi entmachtete. An der Frage, ob dieses Entgegenkommen positiv beantwortet werden sollte, zerbrach die Bekennende Kirche. Auf der Seite des kompromißbereiten Flügels stand auch die Württembergische Landeskirche. Aber gerade Landesbischof Wurm war der Zusammenhalt und die Einigung der verschiedenen Richtungen in der Bekennenden Kirche ein Anliegen, wie es aus folgendem Aktenvermerk vom 2. 5. 1936 hervorgeht: (...) *Ich halte es für dringend geboten, daß die Kooperation der beiden Flügel der Bekennenden Kirche wieder zu Stande kommt, (...). Als Pfarrer von Dahlem würde ich vielleicht mit den Anschauungen der dortigen Freunde übereinstimmen,*

aber meine Verpflichtung geht auf die konkrete Landeskirche in Württemberg und darum muß ich in meinen Erwägungen noch andere Momente berücksichtigen.“ Wurm trieb sein Einigungswerk immer weiter voran, obwohl es einige Male durch sein und durch das Verhalten des kompromißbereiten Flügels gefährdet wurde. Der Landesbischof brach die Verbindung zum anderen Flügel nie völlig und auf Dauer ab, so daß er als einziger der Kirchenführer auch bei den Bruderräten Vertrauen genoß, das durch sein Eintreten für Recht und Gerechtigkeit während des Krieges rasch wuchs. Er wollte die Bekennende Kirche zu einer schlagkräftigen Einheit machen und avancierte aufgrund seiner Vertrauensbasis zum Sprecher der gesamten nicht deutsch-christlichen Kirche. Dieses Einigungswerk konnte jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Gestalt der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ zu Ende geführt werden.

Diese organisatorische Betrachtung darf aber nicht verdunkeln, daß sich der eigentliche Kirchenkampf im alltäglichen Leben der Landeskirchen und in den Gemeinden abspielte. Gottesdienstüberwachungen, Pressekampagnen, Geldstrafen, Hausdurchsuchungen und Redeverbot waren an der Tagesordnung. Pastor Martin Niemöller, eine Symbolfigur der kirchlichen Opposition, wurde in ein Konzentrationslager gebracht. Auch in Württemberg kam es zu Verfolgungen. Pfarrer Julius von Jan, von 1935 bis 1940 in Oberlenningen, wurde zu insgesamt 20 Monaten Haft verurteilt, da er sich in einer Predigt öffentlich gegen das an den Juden begangene Unrecht wehrte.

Die Landeskirche mußte sich 1936 eines besonderen Angriffs des NS-Staates erwehren.

1936 wandelte der württembergische Kultminister Mergenthaler die bestehenden Bekennnisschulen in Gemeinschaftsschulen um, wobei er den Eltern weitgehende Zusagen für den Religionsunterricht machte. Aber ein Erlaß des Kultministers relativierte diese Zusage wieder. Der Erlaß besagte, daß die deutsche Jugend nun einheitlich im Geist des Nationalsozialismus zu erziehen sei. Konkret bedeutete dies, daß alles, was dem Sittlichkeitsempfinden der germanischen Rasse widersprach, aus dem Lehrplan des Religionsunterrichts gestrichen

⁹ Gerhard Schäfer: Dokumentation zum Kirchenkampf. Die Evangelische Kirche und der Nationalsozialismus. Bd. 4: Die intakte Landeskirche 1935-1936. T. Stuttgart 1977, S. 616/617.

werden sollte. Der Kampf um den Religionsunterricht intensivierte sich. Nach einem Erlaß vom 18. 3. 1937 wurde allen Lehrkräften, damit auch den Pfarrern, ein Gelöbnis auf den Führer abverlangt. Es hatte zum Inhalt: *Ich gelobe, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig erfüllen.*¹⁰

Die württembergische Kirchenleitung gab die Weisung, daß die Pfarrer das Treuegelöbnis ablegen sollten, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Erklärung, die auf die Grenze des christlichen Gehorsams hinwies. 300 Pfarrer, denen man den „Vorbehalt“ nicht anerkannte, wurde das Recht entzogen, Religionsunterricht zu erteilen. In diesem Zusammenhang wurden die Staatsleistungen beträchtlich gekürzt.

Diese Entwicklung setzte sich 1938 in der Einführung eines Weltanschauungsunterrichtes fort. Schüler, die den Religionsunterricht nicht besuchten, nahmen an diesem Unterricht teil. Er sollte den Religionsunterricht verdrängen, machte das Christentum verächtlich und rief zu dessen Bekämpfung auf. Der Kampf um den Religionsunterricht hielt bis Ende des Krieges an. An manchen Orten war der Religionsunterricht aus der Schule verdrängt und mußte außerhalb der Schule erteilt werden.

Zu Beginn des Krieges kam es in dieser Sache zu einem „Burgfrieden“ zwischen Kirche und Staat, so wurde z. B. der Kampf um den Weltanschauungsunterricht im stillen durchgeführt.

In anderen Angelegenheiten wurde aber der Kampf gegen das bestehende Unrecht weiterhin hart und mutig geführt. Heftig und laut protestierte Landesbischof Wurm gegen die sogenannte „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Durch seinen Protest erreichte er, daß die Aktion in der Heil- und Pflegeanstalt Grafeneck, einer abgelegenen Anstalt für geistig Behinderte auf der Schwäbischen Alb, nach wenigen Monaten eingestellt wurde.

In vielen Briefen und Bittgesuchen setzte sich Wurm für die Beendigung der Judenverfolgung ein, so in einem Schreiben vom 16. 7. 1943 an den „Führer und Reichskanzler“.

Zunehmend erregte er den Zorn Hitlers, der ihn nur wegen seines Alters, Wurm war inzwischen 78 Jahre alt, schonte.

Der Einsatz Wurms darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Landeskirche, an der Spitze Theophil Wurm, zustimmend und bejahend der neuen Nationalsozialistischen Bewegung gegenüberstand. Die Rolle des Mahners wurde spät, zu spät, übernommen. Wurm sagte selbst: *Zum 9. November 1938 muß ich sagen: es lag wie ein Bann über uns, es war, wie wenn einem von einer unsichtbaren Macht der Mund verschlossen wäre.*¹¹

In der „Stuttgarter Schulderklärung“ vom 19. 10. 1945, die maßgeblich von Theophil Wurm mitverfaßt wurde, heißt es:

*Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.*¹²

Dieses Bekenntnis legte die Grundlage für einen Neuanfang der Evangelischen Kirche in Deutschland nach dem Krieg.

2. Die evangelische Kirche in Backnang

2.1. Die örtlichen kirchlichen Strukturen

Die Kirchengemeinde Backnang wurde 1932 von bisher drei in nunmehr vier Seelsorgebezirke aufgeteilt. Um diese Bezirke zu versorgen, gehörten zur Kirchengemeinde neben dem Dekan drei weitere Stadtpfarrer sowie mehrere Pfarr- und Hilfsvikare. Die verschiedenen Seelsorgebezirke der Geistlichen umfaßten 2 500, 2 700, 3 000 und 2 700 Seelen, zu denen auch die Filialen Unter- und Mittelschöntal, Steinbach, Heiningen, Maubach und Waldrems gehörten. Ab 1936/1937 wurde auch die neugegründete Siedlung Sachsenweiler der Kirchengemeinde Backnang eingegliedert, nachdem bis dahin der alte Weiler Sachsenweiler von Unterweissach betreut worden war.

Bis zum 1. 10. 1933 wurde das Amt des Dekans von Dekan Klinger bekleidet, der es nach 13jähriger Amtszeit an seinen Nachfolger

¹⁰ In: Klumpp (wie Anm. 5), S. 126.

¹¹ In: Schäfer (wie Anm. 9), S. 616f.

¹² In: Klumpp (wie Anm. 5), S. 167.

Stadtpfarrer Otto Bihlmaier weitergab. Bihlmaier war von 1932 bis 1935 zweiter Stadtpfarrer gewesen und bekleidete bis zum 5. 9. 1941 das Amt des Dekans, da er dann als Soldat einberufen wurde und später fiel. In den Prüfungsbemerkungen zum Pfarrbericht von 1936 werden außerdem noch angeführt Stadtpfarrer Karl Gutbrod (1932 bis 1937), Stadtpfarrer Martin Goes (ab 1935; er übernahm nach der Einberufung Bihlmaiers die Amtsgeschäfte) und Stadtpfarrer Otto Gauß. Ab 1937 übernahm Pfarrer Jetter ein Pfarramt.

Zu diesen ständigen Pfarrern kam noch eine Reihe zeitweiliger Vikare hinzu, die um ihrer jeweiligen Rolle in den Auseinandersetzungen mit Staat und Partei willen erwähnenswert sind. Zu ihnen zählen Vikar Lamparter (22. 8. 1934 bis 25. 3. 1936 und vom 15. 4. 1936 bis zum 13. 5. 1936) sowie Stadtvikar Hans (Johannes) Rau (seit 10. 7. 1936), außerdem Pfarrvikar Adolf Vogt (seit März 1939), davor Stadtvikar Gerhard Stier, Stadtvikar Hugo Möck und Stadt- und Parochialvikar Andreas Bötsch. Außerdem noch anzuführen sind Georg Weber, Willi Ruess und Wilhelm Schäfer.

Zur evangelischen Kirche gehörten zahlreiche Vereine wie z. B. der Krankenpflegeverein, die Ortsgruppe Gustav Adolf u. a. und Jugendgruppen, die 1933 zur „Evangelischen Jugend“ zusammengeschlossen wurden. Bei diesem Zusammenschluß vom 21. 6. 1933 werden der „Christliche Verein junger Männer“, die „christliche Pfadfinderschaft“, der „evangelische Mädchenkreis“, der „Mädchenbibelkreis“, der „Jungfrauenverein der altpietistischen Gemeinschaft“ und der „Jugendbund für Entschiedenenes Christentum“ angeführt.¹³

Außer dem sonntäglichen Gottesdienst wurden als kirchliche Veranstaltungen noch Bibelstunden, die zwischen 40 und 70 Besucher zählten, und Abendandachten im Marienheim (Mädchenheim) der Spinnerei Adolff abgehalten.

Als weitere Amtsinhaber innerhalb der Kirchengemeinde sind noch der Kirchenpfleger Mangold und der Organist Hauptlehrer Gottlieb Schrenk anzuführen. In Backnang war zu dieser Zeit die evangelische Kirche die stärkste konfessionelle Gruppierung, was aus der historischen Situation Backnangs im evangelischen



Evakuierte Frauen aus Karlsruhe Sept./Okt. 1939. Die Evakuierung geschah aus Angst vor einem Angriff der Franzosen am Westwall.

Württemberg resultiert. Daher spielte die evangelische Kirche in Backnang eine größere gesellschaftliche Rolle als z. B. die katholische, zu der aber freundschaftliche Beziehungen gepflegt wurden. Daneben gab es Methodisten und Baptisten, eine Neupostolische Kirche und Gruppierungen, die als Freidenker und Tannenbergbund bezeichnet wurden. Eine besonders starke Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche bildeten die verschiedenen Gemeinschaften, zu denen Altpietisten, die Hahnsche Bewegung und die Liebenzeller Gemeinschaft bzw. Süddeutsche Vereinigung gehörten.

Diese Gemeinschaften trugen dazu bei, daß es in Backnang eine vergleichsweise intakte evangelische Gemeinde gab und die kirchlichen Ämter eher mit frommen Leuten besetzt waren.¹⁴

¹³ Dekanatsarchiv Backnang, (Jugendvereine, Jugendgruppen 1921 - 1948), Nr. 434.

¹⁴ Nach Aussage von Herrn Dr. Wilhelm Machleid, Präsident des Landesjustizprüfungsamtes a. D., am 27. Oktober 1995.

3. Die evangelische Kirche im Zeichen des Nationalsozialismus

3.1. Die Beziehung der Kirche zu Staat und NSDAP

Am 30. Januar 1933 wurde der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, zum Reichskanzler ernannt. Die Machtergreifung der NSDAP in Backnang geschah erst am 11. März 1933. Diese wurde von vielen Menschen begeistert bejubelt, nicht zuletzt von vielen Arbeitslosen, die sich vom Arbeitsdienst der Partei Hilfe erhofften, und auch die evangelische Kirche stand dem Nationalsozialismus zunächst positiv gegenüber. Sie erhoffte sich eine Stärkung des christlichen Glaubens gegenüber der Sozialdemokratie und dem antireligiösen Kommunismus, wie er sich in Rußland zeigte, besonders in der Welt der Männer und Arbeiter. Die scheinbar kirchenfreundliche Haltung der Nationalsozialisten, die sie durch die Bitte um Feldgottesdienste und Äußerungen wie: *Unsere Politik heißt Deutschland, unsere Religion Christus*¹⁵ zur Schau stellten, propagierte als gemeinsamen Feind den Bolschewismus. Die anfängliche Verbundenheit der Kirche mit dem Nationalsozialismus läßt sich auch aus den Äußerungen des damaligen Dekans Klinger bei einem Feldgottesdienst am 1. Mai 1933, dem Tag der nationalen Arbeit, erkennen: *Wir haben sein göttliches Nein erfahren, als die Verbrechen, die an uns geschehen sollten, zuschanden wurden (Versailles - Novemberverbrecher...). Das göttliche Ja kam, um uns zu helfen... oder Gott hat dem deutschen Volk Barmherzigkeit erwiesen.*¹⁶ Die NSDAP zeigte ihre freundschaftliche Einstellung auch in dem gelegentlichen geschlossenen Kirchgang der SA. Im Pfarrbericht des Dekanatsamts von 1936 heißt es jedoch: *Wohl fanden in der Zeit, als noch Friede war zwischen Partei und Kirche im Frühjahr und Sommer 1933 die großen Feldgottesdien-*

*ste auf der Bleichwiese statt, aber an den gewöhnlichen Sonntagen war keine Zunahme des Gottesdienstbesuchs, etwa von seiten der Männerwelt, zu beobachten.*¹⁷ Diese anfängliche Verbundenheit wandelte sich rasch zu einem Konflikt, der mehr oder weniger offen ausgetragen wurde. Über diesen Konflikt wird ebenfalls im Pfarrbericht geschrieben: *Mißtrauen und Hetze gegen Kirche und Christentum, Inanspruchnahme bei HJ und SA durch Dienst und Fahrt und Aufmärsche auch am Sonntagvormittag, sonntägliche Veranstaltungen hier oder auswärts... In allen Dingen wird ja keine Rücksicht mehr auf den Gottesdienst genommen. Die Gliederungen der Partei haben jede Beziehung zum gottesdienstlichen Leben auch an den großen Feiertagen wie 1. Mai, Erntedanktag, Heldengedenktag aufgegeben.*¹⁸

Aber trotz dieser Auseinanderentwicklung wird das Verhältnis im folgenden als korrekt und freundlich beschrieben, was als großer Vorteil gegenüber anderen Gemeinden angesehen wird, die nicht einfach in *Ruhe gelassen* wurden.¹⁹ Aber diese Aussagen dürfen nicht über die tatsächliche Entkirchlichung des öffentlichen Lebens hinwegtäuschen, die in der Zahl der Kirchenaustritte zum Vorschein kommt:

1933: 19 Austritte; 1934: 2; 1935: 7; 1936: 15; 1937: 26; 1938: 19; 1939: 108 oder 109; 1940: 29; im November 1941: 112.²⁰

Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Partei hatte im Grunde genommen schon in der Zeit des „Friedens“ ihren Anfang genommen und erwies sich in ihrer subtilen und unscheinbaren Form für die evangelische Kirche als existenzgefährdend. Dies war deshalb der Fall, weil der Konflikt innerhalb der Kirche ausgetragen wurde. Das Fundament der Kirche, die Treue zur gesamten Heiligen Schrift und zu den Bekenntnisschriften der Reformatoren wurde durch das Aufkommen der Glaubensbewegung Deutsche Christen in Frage gestellt. Die Deutschen Christen wurden von den Nationalsozialisten gegründet, um in der Kirche für sie Stimmung zu machen. Bei den

¹⁵ Aussage des bayerischen Kultusministers und Gauleiters Hans Schemm. In: Heinrich Riedel, *Kampf um die Jugend*, 1. München 1976, S. 42.

¹⁶ n: Erich Bauer, *Die Feiern zum 1. Mai in Backnang*, Backnang 1990, S. 49.

¹⁷ Dekanatsarchiv Backnang, (Pfarrbericht, Statistik 1924-1936), Nr. 437.

¹⁸ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 17), Nr. 437.

¹⁹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 17), Nr. 437.

²⁰ Dekanatsarchiv Backnang, (Austritte aus der Evangelischen Kirche 1902 - 1950), Nr. 441.



Private Mädchen-Freizeit im Dekanat, nachdem die offizielle Jugendarbeit verboten war (1943).

von Hitler auf den 23. Juli 1933 anberaumten Kirchenwahlen wurden in Württemberg neue Kirchengemeinderäte und ein neuer Landeskirchentag gewählt. Die Deutschen Christen wurden von den Nationalsozialisten im Wahlkampf unterstützt, so auch in Backnang. Mit Anzeigen im Murrthalboten rief die Ortsgruppe Backnang der NSDAP ihre Parteigenossen auf, ihre Stimmen den von den Deutschen Christen aufgestellten Kandidaten zu geben. Es wurde auch auf der Titelseite des Murrthalboten im Namen Hitlers, seines Stellvertreters Rudolf Heß und des Wehrkreispfarrers und späteren Reichsbischofs Müller massiv für die Kirchenwahl Propaganda gemacht mit Aufrufen wie: *Beteiligung an der Wahl ist Pflicht*²¹ oder mit scheinbar neutralen Wahlaufufen, die aber eindeutig für die Deutschen Christen Partei

ergriffen: *Du hast zwei Wege vor dir. Du kannst auch weiterhin Evangelium und Volkstum ohne Zusammenhang neben- und gegeneinander stehen lassen. Du wirst diesen selbstmörderischen Weg aber nicht wählen.*²² Der Ausgang der Wahl wird nach meiner Einsicht in die Akten nicht explizit erwähnt, aber es scheint, daß es keine Mehrheit von Anhängern der Deutschen Christen im Backnanger Kirchengemeinderat gegeben hat, da zum einen die Ortsgruppe der Deutschen Christen in den kirchlichen Akten immer als zur Kirche separat stehende Gruppe angesehen wird, und zum andern der Gesamtkirchengemeinderat Backnang am 15. 4. 1934, also in der Zeit des württembergischen Kirchenkampfes, dem von Reichsbischof Müller (und somit von den Deutschen Christen) attackierten Landesbischof Wurm in einem Telegramm sein Vertrauen aussprach. Zu Beginn tendierten jedoch auch einige Backnanger Pfarrer in die Richtung der Deutschen Christen, so vor allem der dritte, Pfarrer Otto Gauß, der Mitglied der Deutschen Christen und der Backnanger SA war.²³ Dies läßt sich zwar meiner Akteneinsicht nach nicht belegen, wird aber von Zeitzeugen durch folgende Aussagen gestützt, daß Gauß den Konfirmandenunterricht mit „Heil Hitler“ begann, daß er eine Hakenkreuzbinde über dem Talar trug oder daß auffiel, daß er immer Rohrstiefel anhatte.²⁴ Eine andere Zeitzeugin, Dekan Bihlmaiers Tochter, Frau Ilse Böckheler, kann sich daran erinnern, daß Pfarrer Gauß eine Hakenkreuzbinde unter dem Talar trug. Entgegen der im Jahrbuch von 1995 von Gérard Heinz aufgestellten These, die politische Orientierung des neuen Dekans Bihlmaier (ab 1935) tendierte in die Richtung der Deutschen Christen, ohne daß er sich freilich mit seinem Landesbischof überworfen hätte,²⁵ ergibt die Quellenlage ein anderes Bild von Dekan Bihlmaiers Verhalten. Und da die Personalakten von Dekan Bihlmaier noch der Sperrfrist unterliegen, können sie nicht eingesehen werden. Dies trifft auch auf die übrigen Backnanger Pfarrer zu, und deshalb kann ihre tatsächliche Einstellung nicht völlig bestimmt werden. Es läßt sich nicht sicher nachweisen, ob Pfarrer Karl Gut-

²¹ MB: 19. Juli 1933

²² MB: 20. Juli 1933

²³ Gérard Heinz: Backnang von 1933 bis 1939. - In: Backnanger Jahrbuch 3, 1995, S. 119-195, hier 147-151.

²⁴ Aussage von Herrn Albert Sorg, Möbelfabrikant, vom Januar 1996.

²⁵ Heinz (wie Anm. 11), S.147-151.



Pfarrhaus in der Weissacher Straße 5, erbaut 1930 (über der Türe stand in Goldbuchstaben: Anno domini 1930).

brod Mitglied bei den Deutschen Christen war. Er wollte am 8. September 1933 eine Hakenkreuzflagge anschaffen, was aber mit Verweis auf einen Erlaß des Oberkirchenrats vom 19. Juli 1933 nicht genehmigt wurde.²⁶ Der Grund für diese Ablehnung ist nicht bekannt; der Erlaß besagt, daß entweder eine oder beide Flaggen (schwarz-weiß-rot und Hakenkreuzflagge) angeschafft werden sollen, jedoch die Kosten bis auf einen Zuschuß des OKR von 10 RM von den Gemeinden selbst getragen werden müssen.²⁷ Die vermutete DC-Zugehörigkeit von Pfarrer Gutbrod scheint aber nicht von langer Dauer gewesen zu sein, da eine Austrittserklärung eines Backnanger Pfarrers (Anrede: „Lieber Herr Kollege“) aus der Ortsgruppe der Deutschen Christen vom 18. 1. 1934 vorliegt, die zwar nicht unterzeichnet ist, aber trotzdem wahrscheinlich von Gutbrod stammt, da Pfarrer Gauß erst seit 1935 in Backnang war. Diese Austrittserklärung kann jedoch auch von Dekan Bihlmaier stammen, da er nach der Aussage seiner Tochter, Frau Ilse Böckheler, ebenfalls kurze Zeit den Deutschen Christen angehörte und 1934/35 wieder aus dieser Bewegung austrat. Die Austrittserklärung ist an

den DC-Pfarrer Widmann, Allmersbach i. T., gerichtet, und in ihr werden in mehreren Punkten die Gründe für den Austritt angeführt: Es wird auf eine Erklärung der Deutschen Christen in der Abendausgabe des NS-Kuriers vom 16. 1. 1934 Bezug genommen, in dem eine Mitverantwortung für den evangelischen Gemeindedienst aus folgenden Gründen abgelehnt wird: Die Organisation und das Arbeitsprogramm des evangelischen Gemeindedienstes erfolgten ohne Beziehung der Führung der Deutschen Christen, die Hauptträger des Gemeindedienstes seien Personen, die nicht voll und ganz auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stünden, die Kämpfer des Dritten Reiches (z. B. NS-Jugend) würden als Missionsobjekte und minderwertige Christen angesehen und die oppositionelle Haltung des Landesbischofs Wurm gegen den Reichsbischof würde die Volkseinheit gefährden.²⁸ Der Austritt wird damit begründet, daß zum einen die Arbeit des Gemeindedienstes durch den Artikel in Mißkredit gebracht würde, und zugleich entkräftet er den Vorwurf bezüglich der Weltanschauung der kirchlichen Mitarbeiter durch den Hinweis auf deren Kriegsteilnahme. Zum anderen heißt

²⁶ Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Ortsakten, Pfarrberichte Backnang. (Aus den Prüfungsbemerkungen zum Pfarrbericht von 1936).

²⁷ Gerhard Schäfer, Dokumentation zum Kirchenkampf. Band 1. Stuttgart 1971, S. 440.

²⁸ Württembergische Landesbibliothek, ZTG 9450, NS-Kurier, Nr. 24, vom 16. 1. 1934.

es, daß das Vertrauen zwischen Kirche und Nationalsozialismus, das Hauptziel der Deutschen Christen, auf diese Weise zerbrochen werde, so daß es dem Unterzeichnenden nicht mehr möglich wäre, als Pfarrer der Landeskirche noch den Deutschen Christen anzugehören.²⁹ Aus dieser Erklärung wie aus vielen anderen Akten geht hervor, daß der Kampf innerhalb der Kirche in erster Linie nicht ein Kampf gegen den Staat war, es wird ihm sogar an vielen Stellen die Treue versichert, sondern ein Kampf um das Bekenntnis.

3.1.1. Die Deutschen Christen und der Kirchenkampf in Backnang

Um noch einmal den Grundstreitpunkt in diesem Konflikt anzuführen, zitiere ich den Ebersbacher Pfarrer Hermann Diem: *(Wir) können nicht, wie man es uns zumutet, das Alte Testament aus der Bibel streichen. Man sagt uns ja immer wieder: Tut doch dieses Judenbuch weg, dann ist alles gut...*³⁰ Zu diesem Thema wurden in Backnang im Winter 1934/35 Vorträge von der Kirchengemeinde veranstaltet unter der Fragestellung „Völkische Religion oder Christusglaube?“ und „Warum Altes Testament?“, die Stadtpfarrer Bihlmaier und Pfarrer Eisenhut aus Grab hielten. Es gab nur in Backnang und in Murrhardt Ortsgruppen der Deutschen Christen. Die Backnanger Ortsgruppe hatte sich seit 1934 entwickelt und hielt seit Dezember 1935 im Festsaal der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt alle 14 Tage sonntags um 10.30 Uhr DC-Feierstunden, bei denen verschiedene Pfarrer des Landes, vor allem auch immer wieder Pfarrer Häcker aus Uhingen und Dekan Dr. Mägerlin vor durchschnittlich 60 bis 80 Personen predigten. Da die Backnanger Deutschen Christen nicht nur ihre Gottesdienste, sondern auch Trauungen und Taufen von auswärtigen DC-Pfarrern durchführen lassen wollten, kam es zwischen der örtlichen Kirchengemeinde und den Deutschen Christen zu Auseinandersetzungen. Aber, so heißt es im Pfarrbericht: *So hat es hier noch keine besonderen persönlichen Gehässigkeiten gegen die Pfarrer gegeben. Ich (Bihlmaier) halte es für das Geratenste, von den DC in*

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Backnang

Morgen Sonntag, den 23. Juli findet die Wahl zum evang. Kirchengemeinderat statt. Der Führer selbst ruft auf zur Wahl

Alle evang. Parteigenossen und ihre Familienangehörigen

soweit sie wahlberechtigt sind, haben die

unbedingte Pflicht zu wählen.

Parteigenossen und mit unserer Bewegung Sympathisierende
Nehmen für die von der

Glaubensbewegung Deutscher Christen
aufgestellten Männer, deren Namen heute im Murrthalboten
veröffentlicht werden.

Wahlkampf in der evangelischen Kirche, Annonce aus dem Murrthalboten, 22. Juli 1933.

*unserer Gemeinde möglichst wenig Aufhebens zu machen, damit ihre Bedeutung nicht künstlich gesteigert wird.*³¹ Als Beispiel für einen solchen Streitfall soll die Weigerung des Pfarrverwesers Bötsch, die Kirche von Oppenweiler für eine Trauung durch den DC-Pfarrer Golder freizugeben, dienen. Bötsch selbst wurde in einem Schreiben des Kreisleiters der DC, Lehmann, an Dekan Bihlmaier mit den Worten: *Die Persönlichkeit des Herrn Boetsch ist nicht angetan, bei uns Vertrauen zu erwecken, da wir ja seine Einstellung zur Genüge kennen*³² abgelehnt. Ein weiteres Ereignis, das eine große Unruhe in der Kirchengemeinde und eine Beschwerde Dekan Bihlmaiers beim evangelischen Oberkirchenrat bewirkte, stellten eine DC-Versammlung am 14. Dezember 1935 und ein DC-Gottesdienst am Sonntag, dem 15. Dezember, um 10 Uhr im Musiksaal der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (NAPO) dar. Dekan Bihlmaier wies in seinem Beschwerdebrief mit dem Titel „Deutschchristliche Umtriebe in Backnang“ darauf hin, daß am Freitag, dem 13. Dezember, zwar eine Anzeige mit Einladung zu dieser Versammlung im Murrthalboten erschienen sei, er aber von keiner Veran-

²⁹ Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf in den Jahren 1933-1934), Nr. 444.

³⁰ Manfred Schwarz: Evangelische und Katholische Kirche. – In: Göppingen unterm Hakenkreuz. Red. Konrad Plieningner und Karl-Heinz Rueß. Göppingen 1994 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen 32), S. 158-179.

³¹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 17), Nr. 437.

³² Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf in den Jahren 1935 - 1936), Nr. 445.

staltung im voraus eine Mitteilung erhalten habe, wie es die kirchliche Ordnung und die Anordnung des OKR vorschreibe. Er fügte außerdem hinzu, daß eine zum evangelischen Gottesdienst gleichzeitig stattfindende Feier sonst nur von Sekten durchgeführt werde, und kritisierte, daß sogar die NSDAP ihre sonst gewährte Neutralität mit einem Hinweis auf diese Veranstaltung im Murrthalboten verletzt habe.¹¹ Ein besonderes Ereignis für die Ortsgruppe der Deutschen Christen war auch der Besuch des „Reichsbischofs und Staatsrats Ludwig Müller“, der am 9. Januar 1938 eine DC-Feierstunde im Bahnhofhotel für Mitglieder und Gäste hielt. Von Murrhardt und Sulzbach kamen zwei Omnibusse, so daß die Besucherzahl auf 500 geschätzt wurde. In einem Bericht an den Evangelischen Gemeindedienst wird die Versammlung folgendermaßen bewertet: *Die Erschienenen sind aber in ihrer Mehrzahl als Neugierige, die den Mann sehen und hören wollten, zu taxieren. Kreisleiter und Bürgermeister waren anwesend, ebenso viele P.C.s (Parteienossen) und auffallend viele Lehrer.* Abschließend wird bemerkt: *Kurz: Die Rede zeigte das übliche Bild der Müller'schen Gedanken: Entleerung des Evangeliums, Vermenschlichung Christi, Trivialisierung der neutestamentlichen Botschaft und der biblisch-christlichen Glaubenswelt.*¹² Die Ortsgruppe der Deutschen Christen veranstaltete auch weiterhin Feierstunden, so daß es in einem weiteren Bericht an den OKR vom 13. Januar 1936 heißt: *Die Deutschen Christen entfalten hier in Backnang seit Mitte Dezember eine auffallend rege Tätigkeit. Das wird wohl neuerlichen Anweisungen der DC-Leitung entsprechen.*¹³ Die Auseinandersetzungen mit den Deutschen Christen und deren Konkurrenzstreben gegenüber der Kirchengemeinde steigerten sich derart, daß es DC-Pfarrer Häcker per Erlaß vom OKR verboten wurde, am Sonntag, dem 19. Juli 1936, vormittags um 10 Uhr in Backnang zu sprechen.¹⁴ Aus Zeitzeugenberichten und einer Liste von DC-Mitgliedern aus dem Dekanatsar-

chiv läßt sich ersehen, daß die Bewegung zumeist aus Geschäftsleuten, Handwerkern und Lehrern bestand, und daß viele Backnanger Bürger fest im Pietismus oder in der Kirche verwurzelt und deshalb nicht sehr offen für die Belange der Deutschen Christen waren.¹⁵ In den Prüfungsbemerkungen zum Pfarrbericht von 1936 kann man über die damalige kirchliche Situation lesen: *Man kann leider teilweise, aber nur teilweise von deutsch-christlicher Hetze gegen die der Landeskirche treuen Geistlichen reden; die politische Diffamierung vergiftet das Religiöse.*¹⁶ Im Laufe der Zeit hatte sich das Verhältnis der Deutschen Christen zur evangelischen Landeskirche in Württemberg grundlegend gewandelt. So wurde Landesbischof Wurm 1933 noch dargestellt als *Führer, der auch den tiefen völkischen Bestrebungen aller Art warme Förderung wird angedeihen lassen und der aus den echtsten Tiefen des Gottesglaubens Deutsches Christentum lebt.*¹⁷ Aber da Wurm diese an ihn gestellten Erwartungen enttäuschte, indem er sich der Eingliederung Württembergs in die Reichskirche widersetzte, kam es zum Konflikt. In dieser Phase stellte sich für viele württembergische DC-Pfarrer die Frage, wie sie sich angesichts des Angriffs auf ihren Landesbischof verhalten sollten, was bzw. wer also für sie die Souveränität innehatte, Christus und sein Evangelium oder politische Aspekte, was wiederum eine Spaltung der württembergischen DC-Bewegung und, wie zuvor schon erwähnt, den Austritt der meisten Pfarrer zur Folge hatte. Hier ist auch der Austritt des Allmersbacher Pfarrers und Kreisleiters der Deutschen Christen, Georg Widmann, im April 1934 einzuordnen: *... und erklärte nach dem schnöden Angriff auf unseren Landesbischof ... seinen Austritt unter Begründung.*¹⁸ Zu den zuvor schon genannten Problemen zwischen den Deutschen Christen und den der Landeskirche treuen Geistlichen kamen nun weitere hinzu, bedingt durch die Ablehnung der DC seitens der Landeskirche, was jedoch nicht bedeutete, daß die gestörte

¹¹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 32), Nr. 445.

¹² Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf, Auseinandersetzungen mit dem Staat 1938 - 1944), Nr. 447.

¹³ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 17), Nr. 437.

¹⁴ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 32), Nr. 445.

¹⁵ Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf, Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Deutschglaube 1933-1936. - In: Religiöse und weltanschauliche Gruppen, Nr. 443.

¹⁶ Landeskirchliches Archiv Stuttgart (wie Anm. 26).

¹⁷ MB.13. 7. 1933.

¹⁸ Kriegschronik Allmersbach. I. 1933-1939. Eingesehen bei Herrn Erich Bauer am 23. 7. 1996.



Abnahme der Glocken (1942) zur Einschmelzung für die Kriegsindustrie.

Verbundenheit der Landeskirche zur Beken- nenden Kirche bereinigt wurde. In diese Zeit fiel eine Begebenheit, die die Einstellung der Backnanger DC-Gemeinde zum Ausdruck brachte. Am Sonntag, dem 30. 6. 1935, besuchte eine Gruppe der Backnanger DC- Ortsgruppe, darunter der Kreisführer Lehmann, den Gottesdienst des DC-Pfarrers Häcker in Neulautern. Als der an diesem Visitationsson- tag anwesende Dekan Zeller die Kundgebung der Augsburger Bekenntnissynode bekanntgab, verließen die Backnanger und andere Mitglie- der der Deutschen Christen die Kirche bei den Worten: *In vielen Gemeinden werden Christen um ihres Bekenntnisses willen bedroht und verfolgt.*⁴¹ Bei einer nachfolgenden Aussprache sagte der Kreisführer Lehmann: (...) *sie als Nationalsozialisten seien erschüttert, daß ihnen die Kirche das antue.*⁴² In den Jahren 1937/38 kam es zu einem weiteren Zusam- menstoß zwischen der Backnanger Kirchengemeinde und den Deutschen Christen, da sich diese weigerten, weiterhin an eine Kirche, die

sie nicht unterstützten, Kirchensteuer zu zah- len. In einer Einspruchsbeschwerde wird dies in zwei mal sieben Punkten begründet, wovon drei zitiert werden sollen: *Die derzeitige Lei- tung der Württ. Evang. Kirche hat (...) 4) die Deutschen Christen bei jeder Gelegenheit dif- famiert und hat ihnen das Heimatrecht in der Kirche abgesprochen, was praktisch einem Ausschluß aus der Kirche gleichkommt, (...) Ich gehe davon aus, daß (...) 4) der derzeitigen Kir- chenleitung wegen ihrer staatsfeindlichen Hal- tung überhaupt jegliches Recht zur Kirchen- steuererhebung abgesprochen gehört. (...) 5) die Leitung der Württembergischen Landeskir- che (als führender Teil der Bekenntniskirche) einer kirchenpolitischen Gruppe angehört, die unter Mißbrauch ihrer Stellung, die Landeskir- che auf einen Bekenntnisboden stellen will, der den Deutschen Protestanten fremd ist und den sie ablehnen, wie das ganze deutschfeind- liche Treiben überhaupt.*⁴³ Der Steuerausschuß der Kirchengemeinde Backnang beschwerte sich über diese „ehrenrührigen Anwürfe“ und

⁴¹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 37), Nr. 443.

⁴² Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 37), Nr. 443.

⁴³ Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf. Auseinandersetzungen mit dem Staat 1938-1944), Nr. 447.

weigerte sich, einen Einspruch gegen die Kirchensteuer, der auf einem solchen Formular vorgebracht wurde, anzunehmen. Hier ist wahrscheinlich auch ein Zeitungsartikel mit dem Titel „Die Kirche hat einen guten Magen“, der in polemischer Art und Weise auf die Pfändung rückständiger Kirchensteuer in Backnang Bezug nahm, einzuordnen. Er schließt mit dem Aufruf: *Daher richten wir den Appell an die gesamte Arbeiterschaft, rafft euch auf, tretet aus der Kirche aus hinein in den Verband proletarischer Freidenker.*⁴⁴ Der Fall einer solchen Steuererweigerung durch einen Herrn Hahn zeigt die oft grotesk anmutende Praxis. Dieser begründete seine Verweigerung der Kirchensteuer mit der Versagung des Grabgeläutes bei der Beerdigung seiner Schwägerin durch die Kirche. Tatsächlich aber wurde geläutet, trotz der Anordnung Dekan Bihlmaiers, dies nicht zu tun, da wieder ein fremder deutsch-christlicher Pfarrer herangezogen worden war. Außerdem hatte die Familie Hahn nach Auskunft der Kirchenpflege noch nie Kirchensteuer bezahlt.⁴⁵ Die Backnanger Kirche mußte sich aber nicht nur der Deutschen Christen erwehren, sondern war auch in den landesweiten Kirchenkampf um die Stellung Wurms und der Württembergischen Landeskirche einbezogen. Wie schon zuvor erwähnt, sprach der Backnanger Kirchengemeinderat 1934 Landesbischof Wurm in einem Telegramm sein Vertrauen aus, und am 16. 9. 1934 wurde der Gemeinde eine unter anderem von Dekan Bihlmaier unterzeichnete Kanzelverkündigung vorgelesen, in der stand: *(...) Das gesamte Vorgehen der R.-K.-Reg. (Reichskirchen-Regierung) im Aufbau der DEK ist gegen den klaren Buchstaben des Rechts u. der Verfassung (...)*⁴⁶ Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Schreiben der Backnanger Pfarrerschaft an den an Stelle des suspendierten Bischofs Wurm eingesetzten Stuttgarter Stadtpfarrer Krauß vom Oktober 1934. Dabei nimmt sie auf ein am 12. 10. 1934 im Murraltboten veröffentlichtes Schreiben von Krauß zur kirchlichen Situation Bezug. Die Backnanger

Pfarrer bezeugen ihre Treue zu Wurm: *Um so mehr bleiben wir ihm treu, als er seine Treue trotz Bedrückung, Verleumdung u. Ächtung bewährt.*⁴⁷ Im weiteren Verlauf des Schreibens bringen die Backnanger Pfarrer die Meinung wahrscheinlich vieler evangelischen Pfarrer zum Ausdruck: *Unser Widerstand geht weder gegen den heutigen Staat, noch gegen eine rechtmäßige, wahrhaft geistliche Führung der Reichskirche. Aber kann u. darf die Reichskirche auf Wahrheit u. Recht verzichten, wo der Staat nach berufener Aussage ein Rechtsstaat allein sein kann?*⁴⁸ In dieser Phase griff die eigentlich als neutral gewertete NSDAP ein: Die Kirchengemeinderatssitzungen und Zusammenkünfte württembergischer Pfarrer, in denen zu dem Besuch des Reichsbischofs in Stuttgart Stellung genommen werden sollte, wurden durch Verfügung des Württembergischen Politischen Landespolizeiamtes für das ganze Land verboten.⁴⁹ Auf eine Anfrage des Oberkirchenrates milderte die Politische Polizei das Verbot: *Dagegen wird die Politische Polizei in all' den Versammlungen eingreifen, in denen gegen die Reichskirche und den Herrn Reichsbischof in persönlicher Polemik und hetzerischer Weise geredet und dadurch der örtliche Friede und die öffentliche Sicherheit bedroht werden.*⁵⁰ Dies hinderte die Polizei aber nicht daran, einen Vortrag von Dekan Bihlmaier am 17. 4. 1934 über „Völkische Religion oder Christentum“ als geeignet, *die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören zu bezeichnen und diesen zu verbieten.*⁵¹ Der Vortrag wurde dann im Winter 1934/1935 gehalten. Die Kirche wehrte sich und stellte die Nationalsozialisten bloß, indem der Gemeinde, gemäß einer Mitteilung Landesbischof Wurms, verkündet wurde: *Zur kirchlichen Lage wäre der Gemeinde verschiedenes zu sagen. Durch den Erlaß des Innenministeriums vom 17. ds. Mts. (Sept. 1934) ist dies den Pfarrern auch vor der im Gottesdienst versammelten Gemeinde verboten.*⁵² Wurm riet dazu den Pfarrern: *Es steht dem nichts im Weg, wenn der*

⁴⁴ Dekanatsarchiv Backnang. (Es ist nicht auszumachen, aus welcher Zeitung und von wann der Artikel stammt). (wie Anm. 26), Nr. 443.

⁴⁵ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 21), Nr. 447.

⁴⁶ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 16), Nr. 444.

⁴⁷ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 26), Nr. 444.

⁴⁸ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 26), Nr. 444.

⁴⁹ Schreiben des Oberamts Backnang v. 17. 4. 1934 an d. Bürgermeisterämter. Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 26), Nr. 444.

⁵⁰ Mitteilung des OKR vom 23. 4. 1934. Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 26), Nr. 444.

⁵¹ Württembergisches Oberamt Backnang an Dekan Klingler. Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 16), Nr. 444.

⁵² Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 26), Nr. 444.

Ortspfarrer noch für seine Person hinzufügen will, seine persönliche Haltung, die der Gemeinde bekannt sei, sei unverändert geblieben.⁵¹ Es folgten weitere Verbote, so durfte zum Beispiel ein Satz einer Kanzelverkündigung vom 23. Juni 1935 nicht vorgelesen werden. Die Kanzelverkündigung befaßte sich mit Informationen aus den „zerstörten Landeskirchen“. Der betreffende Satz lautete: *Pfarrer, die sich diesen Kirchenleitungen nicht beugen, sind politisch verdächtig, an der Ausübung ihres Amtes verhindert, ja orts- und landesverwiesen worden; zahlreiche Gemeinden haben keine geistliche Leitung und Verkündigung mehr.*⁵² Aber die Backnanger Kirchengemeinde ließ sich ebenso wenig wie die übrige Evangelische Kirche einschüchtern. Hatte sie schon 1933 Informations- und Diskussionsabende zur kirchlichen Lage veranstaltet, so stand sie 1938 in der Fürbitte für verfolgte Glaubensgenossen, wie den Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller ein: (...) *Er ist jedoch nicht in Freiheit gesetzt, sondern in ein Konzentrationslager überführt worden. Diese uns alle bedrückende Not treibt uns ins Gebet (...)*⁵³ Aber dieser Widerstand der Kirche darf nicht als politischer Widerstand verstanden werden, da die Kirche selbst ihn nicht als solchen verstand. An einem Auszug eines Schreibens des Oberkirchenrats an die Pfarrämter vom 8. 12. 1941 wird dies deutlich: *Jede Einmischung des Auslands in die kirchlichen Fragen und Verhältnisse in Deutschland ist unerwünscht und wird von uns abgelehnt.*⁵⁴ Dies hielt Landesbischof Wurm nicht davon ab, sich Anfang März 1942 bei Hitler über die Bedrängung der Kirche zu beschweren. Als Hitler darauf nicht antwortete, wurden die württembergischen Pfarrer gebeten: *ebenso fortzufahren in treuer Plichterfüllung gegen Volk und Vaterland, wie in dem unerschrockenen Bekenntnis zu dem Evangelium von Jesus Christus.*⁵⁵

Backnang war nicht unmittelbar in das Geschehen des Kirchenkampfes eingebunden,

so wie Stuttgart, obwohl Landesbischof Wurm am 20. Januar 1935 in der überfüllten Backnanger Stiftskirche predigte und ihn eine Freundschaft mit dem Arztehepaar Dr. Karl und Dr. Johanna Krische verband. Dr. Krische arbeitete als Chefarzt der Chirurgischen Abteilung zusammen mit seiner Frau seit 1919 im Backnanger Krankenhaus. „Ihre Arbeit war von einem hohen ärztlichen Berufsethos auf der Grundlage einer bewußt christlich geprägten Lebensauffassung getragen.“⁵⁶ Aber beide genossen ein so hohes Ansehen durch ihre Arbeit, daß es niemand gewagt hätte, sie deshalb anzugreifen. Die Freundschaft mit Landesbischof Wurm brachte es mit sich, daß dieser, von seiner Audienz bei Hitler in Berlin zurückkommend, bei dem Ehepaar Krische übernachtete. Das Ehepaar Krische war ein „Stützpunkt“⁵⁷ Wurms in Backnang. Beide standen treu zu ihrer Glaubensüberzeugung, auch wenn sie deshalb in Gefahr gerieten, mit dem Nationalsozialismus in Konflikt zu geraten; so operierte Dr. Krische z. B. einen Polen, der als Zwangsarbeiter eigentlich nicht operiert werden durfte. In einem Hauskreis war das Ehepaar Krische mit gleichdenkenden Christen verbunden. Nach dem Besuch bei Hitler gab Landesbischof Wurm seinen Eindruck davon wieder: *Der Mann hat gar kein Organ für Gott. Man kann ihm so gut wie keinen Vorwurf machen.*⁵⁸ Diese realistische Einschätzung sträuf alles Reden der Nationalsozialisten vom Standpunkt eines „positiven Christentums“ und alle anfänglichen Annäherungen an die Kirche Lügen. Die Doppelbödigkeit der kirchenfreundlichen Einstellung der NSDAP zeigte sich schon in der bereits erwähnten „Friedenszeit“. Als Beispiele mögen zwei Kirchgänge der SA in die Backnanger Stiftskirche dienen. Der eine fand am 28. Mai 1933 anlässlich des 10. Jahrestags der Erschießung des Nationalsozialisten Albert Leo Schlageter durch die Franzosen im Ruhrkampf statt. In einem Schreiben der SA an das Dekanatamt bittet diese *ergebenst* um Platz

⁵¹ Dekanatsarchiv Backnang, derselbe Brief. (wie Anm. 26), Nr. 444.

⁵² Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 32), Nr. 445.

⁵³ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁵⁴ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁵⁵ Evang. OKR an sämtliche Pfarrämter, 28. 4. 1942. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 21), Nr. 447.

⁵⁶ Dr. med. Karlmann Maier: Vom Aderlaß zum Laserstrahl. Backnang 1993, S. 154.

⁵⁷ Aussage Dr. Machleids vom 27. Oktober 1995, wie Anm. 14.

⁵⁸ Aussagen über das Ehepaar Krische und die Freundschaft zu Landesbischof Wurm von Herrn Matthäus Burkhardt, ehemaliger Krankenhausgärtner in Backnang, und Frau Emma Burkhardt vom 24. 10. 1995; sowie von Herrn Dr. Wilhelm Machleid vom 27. 10. 1995, wie Anm. 2.



„Kinderschule“ mit der Großheppacher Schwester Frieda, auf der Kirchentreppe im Freithof (1936).

in der Kirche für 250 bis 300 Mann und bittet *höflichst um Genehmigung*, drei bis vier Fahnen am Altar aufstellen zu dürfen.⁶¹ Der andere Kirchengang der SA war am Heldengedenktag (26. 2.) 1934. In einem Schreiben vom darauffolgenden Tag beschwert sich der Sturmbannführer über diesen Gottesdienst, da an *einem solchen Tage eine noch so schöne akademisch-theologische Abhandlung als Predigt abgelehnt werden muß, je mehr sie eine Passionspredigt ist und je weniger sie der Bedeutung des Tages als Heldengedenktag gerecht wird.*⁶² Das Dekanat verteidigte sich auf diese Anschuldigungen hin, aber sprach sich mitnichten gegen den Heldengedenktag aus. Die Nationalsozialisten zogen sich trotz der keineswegs staatsfeindlichen Haltung der Kirche aus dieser bald zurück. Bald wurde keine Rücksicht mehr auf kirchliche Veranstaltungen genommen, sondern es wurde nur noch gebeten, den Gottesdienst zu verlegen, so z. B. bei den Heldengedenkfeiern 1941 und 1943. Die politischen Leiter der Partei traten fast alle mit Familie aus der Kirche aus. Die Agitationen der Nationalsozialisten

beschränkten sich nicht mehr auf eine Unterstützung der DC, sondern weiteten sich zu regelrechten Angriffen auf die Kirche aus.

3.1.2. Konflikt mit Staat und Partei durch Verbote und Repressionen

Eine landesweit durchgeführte Maßnahme war die Kürzung der Staatszuschüsse an die Kirche. In einem Finanzbericht des evangelischen Oberkirchenrats vom 16. 11. 1937 sind die Kürzungen aufgelistet: *Die Staatsleistungen zu den Besoldungen und Versorgungsbezügen der ev. Geistlichen sind in den letzten Jahren um folgende jährliche Beträge gekürzt worden: ab 1. April 1934 um 300 000 RM; ab 1. April 1935 um weitere 500 000 RM; ab 1. April 1937 zu Gunsten der Volkskirchenbewegung DC um 50 000 RM und im Juli 1937 um weitere 300 000 RM, also zusammen jährlich um 1 150 000 RM.*⁶³ In einem späteren Schreiben des Oberkirchenrats wurde als Begründung des Staates für weitere Kürzungen genannt, daß die Landeskirche in der Lage sei, den durch die Kürzungen entstehenden Einnahmeausfall zu

⁶¹ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 29), Nr. 444.

⁶² Beide Schreiben Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 29), Nr. 444.

⁶³ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

ersetzen, ohne die Gehälter und Versorgungsbezüge der Geistlichen unter den Stand vom 1. 1. 1941 zu senken. Für die Kirche bedeuteten die Kürzungen eine Verletzung der dem Staat gegenüber der Kirche obliegenden Verpflichtungen.⁶⁴ Im Murrthalboten vom 15. 1. 1938 wird in einem Artikel auf die Kürzungen der Staatsleistungen, die sich nur auf die freiwilligen und nicht auf die pflichtgemäßen Beiträge erstrecken würden, Bezug genommen und auf die gute finanzielle Situation der Württembergischen Landeskirche verwiesen. Aber trotz dieser Verschleierungen bedeuteten die Kürzungen eine Repression gegen die Kirche, wie auch die Streichung der Kinderbeihilfe für Dekan Bihlmaier und Pfarrer Goes deutlich macht, die in einem Bericht des Dekanats vom 27. 11. 1941 der Agitation des Ortsgruppenleiters der NSDAP angelastet wurden. Die Verbote und Repressionen gegen die Kirche setzten sich weiter fort. Am 30. Januar 1936 vernahm ein Landjäger Dekan Bihlmaier mit dem Auftrag, einen Strafantrag gegen diesen einzureichen, da am 26. September 1935, dem Beerdigungstag des Reichsstatthalters Löper, die Kirche nicht beflaggt gewesen sei. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist nicht bekannt, aber es ist anzumerken, daß Dekan Bihlmaier das Versäumnis als *Versehen mit keinerlei Absicht*⁶⁵ bezeichnete. Diesem Konflikt lag also wiederum keine staatsfeindliche Haltung der Kirche zugrunde. Die gespannte Atmosphäre zwischen Partei und Kirche läßt sich einem Brief des Fornsbacher Pfarrers Woern an das Dekanatamt Backnang abspüren. Dieser berichtete am 30. 3. 1937 von wiederholter Anwesenheit von Landjägern im Gottesdienst und verband das sofort mit einem auf ihm lastenden Verdacht hinsichtlich eines *Übergriffs in das politische Gebiet*.⁶⁶ Aber mit ihrer kirchenfeindlichen Haltung stießen die Leiter der jeweiligen Organisationen des NS-Staats auch auf das Mißfallen der kirchlichen Bevölkerung. So wurden die Äußerungen des Standortführers des Jungvolks am Grab eines Jungen von den Angehörigen kritisiert. Dieser hatte den Tod des Kameraden als Antrieb weiterzukämpfen be-

zeichnet und dazugefügt: *Ob es droben über den Sternen ein Weiterleben gibt, das wissen wir nicht. Aber das wissen wir, daß unser Kamerad in unseren Herzen weiterlebt. Mutter, wir sind alle Deine Söhne.*⁶⁷ Wieder ist die Beschwerde Dekan Bihlmaiers bei der Kreisleitung der NSDAP mit der Bitte, daß derartige, auch die Schätzung der Partei schädigende Ausfälle gegen den christlichen Glauben künftig unterbleiben,⁶⁸ bezeichnend. Dekan Bihlmaier stellte sich zwar dem Kampf mit der Partei, aber immer mit einem staatsstreuen Hintergrund.

Trotzdem sah sich die Kirche weiteren Gängelungen durch den Staat ausgesetzt. Am 6. 1. 1941 wurde ein Antrag des Backnanger Kirchengemeinderats zur Beibehaltung des Verkaufs von gedruckten Predigten, Schriften für Alte und Kranke, Gebetbüchlein usw. in der Stiftskirche, von der Reichsschrifttumskammer abgelehnt. Begründet und unter Strafandrohung verboten wurde dies damit, daß allein der Buchhandel für die Verbreitung von Schriftgut zuständig sei.⁶⁹

Eine weitere Auseinandersetzung muß den Akten nach ziemlich Wellen geschlagen haben. Sie ist nicht mehr vollständig zu rekonstruieren, aber aus dem Bericht Dekan Bihlmaiers vom 24. 1. 1936 an den Oberkirchenrat und aus dem Bericht des Führers der Reichsarbeitsdienstgruppe 260 vom 4. 1. 1936 ist zu entnehmen, daß es um (angebliche) antikirchliche Vorkommnisse im Arbeitsdienstlager Backnang bzw. um eine (angebliche) antichristliche Hetze in einer Abteilung des Arbeitsdienstlagers ging. Stadtvikar Lamparter kritisierte, daß es den Arbeitern untersagt würde, seine Bibelstunden und die Gottesdienste zu besuchen, was von dem Arbeitsführer Johannessohn entschieden verneint wurde. Die Bedeutung, die Dekan Bihlmaier dieser Begebenheit beimaß, läßt ihre damalige Brisanz vermuten: (...) *Zudem glaube ich, daß derartige antichristliche Vorkommnisse in einem Arbeitsdienstlager über eine örtliche Bedeutung hinauswachsen.*⁷⁰

Es soll noch auf ein weiteres Ereignis hingewiesen werden, das sogar in einem Artikel der

⁶⁴ Schreiben des Oberkirchenrates vom 10. 10. 1941. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁶⁵ Schreiben des Dekans an den OKR vom 1. Febr. 1936. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 32), Nr. 445.

⁶⁶ Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchenkampf im Jahr 1937), Nr. 446.

⁶⁷ Mitteilung Pfarrer Goes' an das Dekanatamt vom 30. 8. 1936. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 32), Nr. 445.

⁶⁸ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 32), Nr. 445.

⁶⁹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁷⁰ Schreiben vom 24. 1. 1936 an den Oberkirchenrat. Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 32), Nr. 445.

NS-Zeitschrift „Flammenzeichen“ vom August 1937 behandelt wurde. Am 17. März 1937 richtete der Kirchengemeinderat von Backnang an das Bürgermeisteramt die Bitte, die Zeitschrift „Flammenzeichen“ aus der städtischen Bibliothek zurückzuziehen, da diese der Verhetzung und Zersetzung diene mit den Methoden einer gewissen, aus der Zeit vor 1933 sattsam bekannten großstädtischen Skandalpresse.⁷¹ Diese Eingabe wurde abgelehnt und zog den genannten Hetzartikel nach sich. Folgender Auszug charakterisiert die Gestalt des gesamten Artikels: (...) *Daß aber eine Eingabe an das Bürgermeisteramt gemacht wurde, zeigt eine rührige Aktivität, die schon mit Frechheit verwandt zu sein scheint.*⁷²

Besonders heftigen Angriffen durch den Nationalsozialismus sah sich auch die kirchliche Jugendarbeit ausgesetzt.

3.1.3. Die kirchliche Jugendarbeit im Konflikt mit dem NS-Staat

Im Rahmen des Pfarrberichts von 1936 wird als kirchliche Jugend aufgeführt: Bubenjungenschar mit durchschnittlich 15 Besuchern; Jugendkreis für Jungen mit 10 bis 15 Besuchern. Die Jungscharler gehörten auch alle zum Jungvolk, von den Jugendkreisbesuchern gehörten etwa 3/4 zur Hitlerjugend (HJ).

Zwei Mädchenjungenscharen mit ca. insgesamt 40 Teilnehmerinnen; zwei Mädchenkreise mit durchschnittlich 25 bis 30 Besucherinnen und ein Mädchenbibelkreis mit 15 bis 20 Besucherinnen. Außerdem gab es eine Kinderkircharbeit und den „Christlichen Verein junger Männer“.⁷³ Die evangelische Jugend bestand aus mehreren Vereinen und Gruppen, die sich 1933 zusammengeschlossen hatten (siehe: Die örtlichen kirchlichen Strukturen).

Die Eingliederung der evangelischen Jugend in die Hitlerjugend und die damit verbundene Einschränkung der kirchlichen Jugendarbeit bedeutete einen großen Verlust für die Gemeinde. Der enge Handlungsfreiraum der Kirche wird am Eingliederungsvertrag vom 19. Dezember 1933 deutlich. Darin wurde unter

anderem festgelegt: 1. *Die einheitliche staatspolitische Erziehung der deutschen Jugend wird dem Staat und seinen politischen Trägern zuerkannt. ... 3. Geländesportliche, turnerische, allgemein sportliche und staatspolitische Erziehung bis zum 18. Lebensjahr geschieht durch die Hitlerjugend (...)*⁷⁴

Anläßlich der Eingliederung in die Hitlerjugend schrieb der Dekan an die Leitungen der Vereine der „Evangelischen Jugend“. Aus dem Schreiben geht hervor, daß die kirchlichen Leiter, einschließlich der Geistlichen, nicht gesondert über die Eingliederung informiert wurden, sondern die geschehene Eingliederung aus der Zeitung entnommen haben. Der Dekan mahnte die Mitarbeiter, sich nicht zu erbittern, sondern ihren Dienst in der Hitlerjugend weiterhin gewissenhaft zu versehen. In seinem Schlußsatz wies er auf ein Grundproblem hin, das die Eingliederung der evangelischen Jugend mit sich brachte: *Gott gebe, daß aus den Stürmen dieser Zeit eine ihres Glaubens und ihrer Aufgabe um so bewußtere und entschlossener ev. Jugend erwachse.*⁷⁵

Das Verhältnis zwischen der evangelischen Jugend und der Hitlerjugend scheint zu Beginn relativ gespannt gewesen zu sein, da Mitglieder der Hitlerjugend, die sich noch zur Kirche hielten, eingeschüchtert und so von den kirchlichen Veranstaltungen ferngehalten wurden. Die Kirche mußte versuchen, die Kinder vor einer allzu großen Beeinflussung durch die nationalsozialistische Weltanschauung zu bewahren, da für die Kinder im Jungvolk und der Hitlerjugend zumeist die sportlichen Aktivitäten und nicht die Ideologie im Vordergrund standen. So wurden die Konfirmanden 1935 in der Jungvolkuniform konfirmiert, jedoch nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil es eine Ersparnis bedeutete und die Uniform als „Ehrenkleid“ angesehen wurde.⁷⁶

Als Beispiel dafür, wie sich die Kirche gegen die Angriffe durch die nationalsozialistische Weltanschauung zur Wehr setzte, soll eine Beschwerde von Pfarrer Goes über den Angriff eines Hauptlehrers aus Steinbach gegen Kirche

⁷¹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁷² Württembergische Landesbibliothek, Flammenzeichen Nr. 35, August 1937. Unabhängige Wochenschrift, Verlagsort: Metzingen, (Z 65010).

⁷³ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 32), Nr. 445.

⁷⁴ Heinrich Riedel (wie Anm. 15), S. 67.

⁷⁵ Schreiben vom 22. 12. 1933. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 13), Nr. 434.

⁷⁶ Aussage von Herrn Dr. med. Karlmann Maier, Arzt, vom 2. 8. 1996.

und Bibel bei einem Jungvolk (JV)- und Jungmädel (JM)-Appell dienen. Der betreffende Lehrer hatte sich bei diesem Appell 1942, bei dem die Konfirmanden von Pfarrer Goes auch zu erscheinen hatten, verächtlich gegenüber der Konfirmation und der christlichen Jugendarbeit ausgesprochen und einige Teile des Alten Testaments, wie die 10 Gebote oder den Turmbau zu Babel, einer abfälligen Kritik unterzogen. Pfarrer Goes versuchte, diese Dinge im Konfirmandenunterricht richtig zu stellen, indem er unter anderem anmahnte: (...) *ob das die so oft verkündigte Glaubens- und Gewissensfreiheit sei.*⁷⁷ Im Pfarrbericht von 1936 wurde zwar geschrieben, daß sich das Verhältnis zwischen evangelischer Jugend und Hitlerjugend beruhigt hätte, da die Jugend in Ruhe gelassen werde, aber dies hat sich wahrscheinlich schnell geändert. In einem Vertrag vom 24. 4. 1934 wurden der evangelischen Kirche von Backnang der Freitag für die Gemeindejugend und der erste und dritte Sonntag im Monat zur freien Verfügung überlassen mit dem Versprechen, der Jugend an allen vier Sonntagen zum Besuch der um 10.45 Uhr stattfindenden Kinderkirche freizugeben und keinen moralischen Druck zur Abhaltung von Veranstaltungen der evangelischen Kirche auf die Jugend auszuüben.⁷⁸ Die evangelische Kirche nutzte diesen Freiraum und veranstaltete Jugendbezirkstreffen, Wochenendrusttreffen, Jungscharen und Jugendkreise.

Aber die fortwährende Konkurrenz ließ die Jugendarbeit sowohl in der Kinderkirche als auch in den übrigen Kreisen zusammenschrumpfen, was auch der Landesjugendvikar in einem Brief an den Dekan 1936 schon mit Sorge bemerkte. Hinzu kam, daß die der Kirche vertraglich festgelegten Zugeständnisse umgangen wurden. So wurde zum Beispiel 1937 ein der Kirche zustehender Jugendsonntag mit dem Hinweis auf die Besonderheit der Veranstaltung für einen Bannaufmarsch beansprucht, wobei jedoch Urlaubsgesuche für die kirchlichen Veranstaltungen eingereicht werden konnten.

Eventuelle Auseinandersetzungen im Bereich der Jugend konnten mitunter auch gefährliche Ausmaße annehmen, wie eine Begebenheit, wahrscheinlich aus dem Jahr 1942, zeigt.

Es wurde von Egon Franke eine Jungschar mit Zustimmung des für die Jugend zuständigen Pfarrers Jetter gehalten. Der Heimweg der Jungscharler führte, so ein ehemaliger Jungscharler, am Hof der Schillerschule vorbei, wo die Mädchen des Bunds Deutscher Mädel (BDM) Dienst taten. Die Jungscharler ärgerten diese im Schutze der Dunkelheit, wurden aber eines Abends erwischt und auf der Bannführung verhört. Als bekannt wurde, daß es sich um Jungscharler handelte, für die Pfarrer Jetter zuständig war, wurde dieser von der Gestapo in Stuttgart vernommen. Es wurde dann nur eine Verwarnung ausgesprochen, da die Jungscharler nichts Negatives über die Hitlerjugend etc. gesagt hatten.⁷⁹

Die Repressionen gegenüber der evangelischen Jugend wurden jedoch von den Eltern der betroffenen Kinder oft nicht begrüßt. So befreite ein Bannführer der Hitlerjugend einen Jungen erst vom Dienst, damit dieser Sonntag morgens in den Gottesdienst gehen konnte, nachdem sich dessen Vater dafür eingesetzt hatte. Die Nationalsozialisten gliederten nicht nur die evangelische Jugend in ihre Gruppierungen ein, sondern versuchten auch, die Kirche aus allen öffentlichen Einrichtungen zu verdrängen. In einem Bericht zur kirchlichen Lage in Backnang aus dem Jahr 1941 wurde erwähnt, daß alle evangelischen Kindergärten bis auf einen in Steinbach an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) übergegangen seien. Diese Entwicklung verlief in Backnang analog zur Entwicklung in Württemberg, genauso wie der Streit um den Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht.

3.1.4. Die Auseinandersetzung um den Religionsunterricht

Da schon ein Einblick in die Problematik des Religionsunterrichts gegeben wurde, soll an dieser Stelle nur noch ein bezeichnendes Zitat aus einer Denkschrift des Oberkirchenrates vom 25. 8. 1939 angeführt werden: *Der Religionsunterricht ist an einzelnen Schulen schon seit Jahren entweder ganz ausgefallen oder in einer Weise gegeben worden, daß die Eltern bei der Werbung für den Weltanschauungsunterricht sich auf den Standpunkt stellen konnten: Unsere Kinder haben seither keinen wirkli-*

⁷⁷ Mitteilung an den Oberkirchenrat vom 7. März 1942, Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁷⁸ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 13), Nr. 434.

⁷⁹ Aussage von Herrn Erich Bauer, Schulamtsdirektor i. R., vom 23. 7. 1996.

chen Religionsunterricht gehabt; so ist es wahrhaftiger, daß auch vollends der Name „Religionsunterricht“ fällt.⁸⁰

Der Religionsunterricht wurde durch einen Erlaß vom 20. 3. 1940 in den Klassen 5-8 der höheren Schulen abgeschafft und der Weltanschauungsunterricht weiter gefestigt. Im Rahmen des Weltanschauungsunterrichts galt z. B. als Plan für die Grundschule: *Vom Gottahnen des Kindes in der Natur* und *Vom Erleben der Blutgemeinschaft: Einfühlen in die Welt der germanischen Werte*.⁸¹

Im Frühjahr 1936 wurde auch in Backnang die deutsche Schule statt den konfessionell getrennten Bekenntnisschulen gegen den Protest der Backnanger Pfarrerschaft nach einer Pro-forma-Umfrage bei den Eltern eingeführt. In Backnang gab es eine Volks- und Mittelschule, eine Realschule mit Lateinabteilung und nach Auflösung des Lehrerseminars 1935 die Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NAPO) mit einem gymnasial-realgymnasialen und einem oberrealschulmäßigen Zug. In der NAPO merkte man nach dem Urteil von Pfarrer Gutbrod von 1936 sehr stark den Einfluß der deutsch-religiösen Anschauung bei den Schülern. Auch der Leiter der NAPO, Oberstudiendirektor Dr. Gräter, bekannte sich zum Deutschglauben. Dieser Deutschglaube darf nicht mit dem Standpunkt der Deutschen Christen verwechselt werden, sondern beinhaltete eine stark antichristliche Tendenz, die auf eine Bekämpfung und Verächtlichmachung des Gebets, der christlichen Nächstenliebe usw. hinauslief. Diese Einstellung beruhte auf dem vom Reichsinnenministerium 1938 an die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten gerichteten Ersuchen, in religionspolitischen Fragen strikt neutral zu bleiben, d. h. sich nicht für die Deutschen Christen auszusprechen.

Gegen die antichristliche Einstellung der NAPO hatte die Backnanger Geistlichkeit einen schweren Stand, so daß Dekan Bihlmaier in einem Bericht an den Oberkirchenrat vom 30. 11. 1938 schrieb: *Wie es mit dem Religionsunterricht in der Nat. Pol. Erziehungsanstalt*

*bestellt ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es dürfte da kaum noch Religionsunterricht in kirchlichem Sinn gegeben werden.*⁸² Der ungenaue Informationsstand des Dekans resultierte aus den Folgen eines Erlasses des Reichserziehungsministeriums vom 1. 7. 1937, der die Erteilung des Religionsunterrichts den Geistlichen entzog und Lehrer damit betraute. 1938 unterrichtete nur noch Pfarrer Gauß regulär an einer Schule. Im Fall der NAPO beschränkten sich die kirchlichen Aktivitäten auf den Zuhörer- und Konfirmandenunterricht und auf die sich anschließende Christenlehre. Die kirchlichen Bemühungen wurden aber von der NAPO stark behindert. So berichtete der den erkrankten Pfarrer Jetter vertretende Vikar Häußler, daß er am 29. 6. 1938 noch keine Mitteilung der Anstaltsleitung über die Anzahl und Namen seiner Konfirmanden erhalten habe, obwohl er schon am 24. Mai darum gebeten habe.⁸³ Auch in anderen Fällen sah sich der Anstaltsleiter Gräter nicht veranlaßt, die Kirche in ihrer Arbeit zu unterstützen. Eine Mitteilung von Pfarrer Goes an das Stadtdekanatamt Stuttgart vom 4. Juni 1943 legte die Situation dar: Es besuchten nur noch drei Schüler der NAPO den Konfirmandenunterricht, wobei dieser von der NAPO durch Appelle, früher gelegtes Essen usw. behindert wurde, außerdem unterstand die NAPO der SS. Der Schlußsatz von Pfarrer Goes charakterisierte das Grunddilemma treffend: *Die Gefahr, daß der Besuch des Konfirmandenunterrichts vergeblich ist, ist groß; zum mindesten befinden sich die Jungen dauernd in einem schweren inneren Zwiespalt.*⁸⁴

Auch in den anderen Schulen hatte die Kirche mit Schwierigkeiten zu kämpfen, da das Kultministerium einen klar kirchenfeindlichen Kurs einschlug. In einer vertraulichen Anordnung des Kultministers vom 22. 8. 1935 wurde allen Lehrern und unterrichtenden Geistlichen verboten, für konfessionelle Jugendverbände Werbung zu machen, da die Arbeit der HJ unterstützt werden mußte. Zwei Artikel des Murraltboten mit dem Titel „Die innere Bereit-

⁸⁰ Gerhard Schäfer: Dokumentation zum Kirchenkampf. Die Evangelische Kirche und der Nationalsozialismus. Bd. 6. Von der Reichskirche zur Evangelischen Kirche in Deutschland 1938-1945. Stuttgart 1986, S. 297.

⁸¹ Gerhard Schäfer (wie Anm. 80), S. 239.

⁸² Dekanatsarchiv Backnang, (Religionsunterricht und Schule), Nr. 428.

⁸³ Bericht Vikar Häußlers an das Dekanat vom 29. 6. 1938. Dekanatsarchiv Backnang (Lehrerbildungsanstalt bzw. Seminar bzw. NAPO 1908-1940), Nr. 442.

⁸⁴ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.



Stiftshof um 1935.

schaft des NS-Lehrerbundes“ offenbarten den ideologischen Rückhalt vieler Lehrer. Exemplarisch sollen einige Äußerungen des Kreisleiters des Bundes, Leutwein, zitiert werden: (...) *Wir formen und verlangen den Lehrertyp des Deutschen. Deshalb wird alles Jüdische abgelehnt (...) Solange noch deutsche Menschen das Alte Testament als „ihr“ Religionsbuch betrachten und solange die Konfessionen den Glauben ans „auserwählte Volk“ als göttliche Lehre predigen, werden wir nicht vom Geiste des Juden frei (...)*⁸⁵ Gegen diese Diffamierungen des Kreisamtsleiters legte Dekan Bihlmaier Beschwerde ein. Besondere Aufmerksamkeit verdient sein Schlußsatz in Verbindung mit dem Gruß. Er schrieb: *Wo bleibt da die schon so oft und feierlich ausgesprochene Glaubens- und Gewissensfreiheit? Heil Hitler.*⁸⁶ Die verblüffen-

de Einschätzung Leutweins zeigt sich in einem Brief des Alfdorfer Pfarrers an den Dekan: (...) *Er ist zwar selbstbewußt, auch nicht der gescheiteste, aber er ist durchaus kein Hasser (...)*⁸⁷ Die Umsetzung der vom NS-Lehrerbund genannten Grundsätze in die Praxis stieß bei den Backnanger Pfarrern und vielen Gemeindegliedern auf Widerstand. 1938 erregte ein Vorfall in der Grundschule Backnang ziemliches Aufsehen. Die Kinder waren vom Lehrer angewiesen worden, die biblischen Geschichten in einer Schulausgabe eines Buches mit biblischen Geschichten durchzustreichen und, da ihm die Striche eines Kindes zu dünn erschienen, hatte er selbst mit Rotstift gestrichen. Die empörten Eltern meldeten den Vorfall Pfarrer Jetter, der ihn an den Dekan weiterleitete. Dieser richtete eine Beschwerde an die Schulleitung, worauf diese die Eltern des betreffenden Kindes sogar zu einer Unterredung bat.⁸⁸ Derartige Vorfälle, die Streichung eines Drittels der alttestamentlichen Geschichten aus dem Lehrplan durch den Backnanger Lehrerrat und die verstärkte Werbung für den Weltanschauungsunterricht führten auch auf die Bitte von Gemeindegliedern hin dazu, daß in Schöntal 1938 ein privater kirchlicher Religionsunterricht unter Leitung von Pfarrer Goes eingerichtet wurde. In einem Brief versuchte der Leiter der Deutschen Volks- und Mittelschule dies rückgängig zu machen, indem er auf die durch diesen Nachmittagsunterricht belasteten Kinder und deren Zerrissenheit zwischen schulischem und kirchlichem Religionsunterricht hinwies. Der Unterricht wurde trotzdem fortgesetzt, es muß aber hinzugefügt werden, daß es in einem Bericht des Dekans vom 30. 11. 1938 über die Situation hinsichtlich des Religionsunterrichts hieß: *Das Bild in Backnang ist in diesem Punkt sehr verschieden. Eine ganze Reihe von Lehrern gibt den Unterricht wohl noch nach den Grundsätzen der Kirche.*⁸⁹ Dennoch gab es im Sommer 1941 eine harte Auseinandersetzung um den Weltanschauungsunterricht, in den sich auch der Oberkirchenrat einschaltete. Die Ursache des Streits bildete ein Rundschreiben der Deut-

⁸⁵ Mb: 25. Februar 1939; Mb: 27. Februar 1939.

⁸⁶ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁸⁷ Brief vom 26. 10. 1938. Dekanatsarchiv Backnang, (Kirchliche Unterweisung, Konfirmation 1862-1953), Nr. 428.

⁸⁸ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 34), Nr. 447.

⁸⁹ Dekanatsarchiv Backnang, (wie Anm. 82), Nr. 428.

schen Volks- und Mittelschule, das über den weltanschaulichen Unterricht, dessen Ziele usw. informierte. Dies wurde seitens der Kirche als Werbung für den Weltanschauungsunterricht angesehen. Sowohl Dekan Bihlmaier als auch der evangelische Oberkirchenrat sahen darin eine Verletzung der Verordnung des Reichsstatthalters, der jegliche Werbung für den Weltanschaulichen Unterricht verboten hatte. (Dies war einzig und allein auf den Burgfrieden zwischen Kirche und Partei wegen des Krieges zurückzuführen). Die Schulleitung wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Interessant ist die relativ mutige Beschwerde des Oberkirchenrates: *Wir sind nicht mehr in der Lage, von einer Aufklärung der evangelischen Eltern abzusehen, wenn das Verbot der Werbung nicht von allen beteiligten Stellen gleicherweise beachtet wird.*⁹⁰

Die Thematik des Weltanschauungsunterrichts sorgte auch für Konflikte, da Mißverständnisse zwischen den Schulen und der Kirche in der Frage, ob der Besuch des weltanschaulichen Unterrichts den Besuch des Konfirmandenunterrichts ausschließen würde oder nicht, entstanden. Die Schulleitungen sahen in einer Teilnahme an beiden Unterrichten kein Problem, die Pfarrrerschaft bestand jedoch auf einem strikten Entweder - Oder. Die Auseinandersetzungen um den Religionunterricht stellten nicht nur die theologischen Einstellungen der Pfarrer auf die Probe, sondern stellten auch die Persönlichkeit des einzelnen Pfarrers in Frage, was in Form des schon benannten Eides der unterrichtenden Pfarrer auf Hitler geschah. Aus einem Schreiben der Deutschen Volks- und Mittelschule Backnang vom 23. 3. 1938 scheint hervorzugehen, daß dem Backnanger Pfarrer Goes das Recht, Religionsunterricht zu erteilen, entzogen wurde, da er dies Gelöbnis nicht gab: (...) *Zu dem Entzug des Religionsunterrichts möchte ich nicht viel bemerken. (...) Diese Tatsache fordert, daß ein Fachlehrer den Eid auf den Führer ablegen können muß, wenn er Unterricht erteilen soll (...)*⁹¹

Auch Dekan Bihlmaier hat dieses Gelöbnis nicht abgegeben. Es ist jedoch nicht sicher, ob er zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch Religionsunterricht gab.

4. Die evangelische Kirche von Backnang und die Backnanger Juden

Über die Haltung der Kirche gegenüber der Judenverfolgung ist fast nichts bekannt und nichts in den von mir einsehbaren Akten notiert. Man muß bedenken, daß bei Hitlers Machtergreifung in Backnang nur zwei sogenannte „Volljuden“, also Personen mit jüdischem Vater und jüdischer Mutter, und eine Anzahl „Halbjuden“, bei denen nur ein Elternteil jüdisch war, gezählt wurden. Die Aussage eines Zeitzeugen ist in diesem Zusammenhang bezeichnend: *Das „Judenproblem“ spielte in Backnang eine ganz untergeordnete Rolle. Man beachtete die Polemik der Nazis gegen die Juden kaum. Erst die zunehmend schärfer werdende Hetze ließ manche aufhorchen. Man hatte aber andere Sorgen, war auch beeindruckt von den Erfolgen Hitlers und zudem schon in Unsicherheit und Ängsten wegen einer möglichen Bespitzelung und Repressalien.* Zum Holocaust schreibt der Zeitzeuge: *Man... wußte oder ahnte nichts von diesen Grausamkeiten. Spärlichen Gerüchten glaubte man nicht.*⁹² Wenn die Backnanger Juden auch benachteiligt und diskriminiert wurden, ein Jude namens Emanuel Feigenheimer wurde sogar im Februar 1945 ins KZ Theresienstadt gebracht, so wurde ihnen teilweise heimlich doch von einzelnen Personen aus der Bevölkerung geholfen, sei es mit Lebensmittelkarten o. ä.

Insgesamt muß jedoch gesagt werden, daß die Evangelische Kirche eine eher reservierte Haltung gegen die Juden einnahm, weswegen Landesbischof Wurm sich auch erst sehr spät gegen die Verfolgung der Juden gewandt hat, dann aber mit Vehemenz. Die Backnanger Pfarrer scheinen aber gegenüber den Juden eher freundlich oder zumindest nicht feindselig gestimmt gewesen zu sein, da der seit 1942 in Allmersbach i. T. amtierende halb-jüdische Pfarrer Helmut Goetze keinen Anfeindungen seitens der Pfarrrerschaft ausgesetzt war. Dies würde mit der im Backnanger Jahrbuch 1995 beschriebenen Einstellung der Witwe von Pfar-

⁹⁰ Evangelischer Oberkirchenrat an den Reichsstatthalter am 3. 9. 1941. Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 82), Nr. 428.

⁹¹ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 82), Nr. 428.

⁹² Schreiben von Herrn M. vom 15. 1. 1995, Heinz (wie Anm. 23), S. 190.

rer Goes, die sicherlich auch mit dessen Einstellung übereinstimmte, korrespondieren. Frau Goes bezog sich auf in Backnang aufgehängte Plakate mit antijüdischen Karikaturen: *Ich habe, immer wenn wir an der Apotheke vorbeigehen, meinen Kindern verboten, diese Plakate anzuschauen.*⁹³ Aber die genaue Einstellung der einzelnen Backnanger Geistlichen ist nicht auszumachen, da – wie bereits erwähnt – die Personalakten der meisten Pfarrer noch einer Sperrfrist unterliegen. Es sind jedoch die Reaktionen innerhalb der frommen Gruppierungen der Backnanger Kirchengebäude, d. h. der Evangelischen Gemeinschaften bekannt, die den Juden eigentlich eher reserviert gegenüber standen. Dort wurde, selbstverständlich nur im Vertrauen, gesagt: *Wenn sie mit den Juden anfangen, dann verlieren wir den Krieg.*⁹⁴ Das jüdische Volk wurde als „Augapfel Gottes“ angesehen, an dem man sich nicht ungestraft vergehen durfte.

Das Problem der Euthanasie gestaltete sich in Backnang ähnlich, da Gerüchte über die Ermordung „unwerten Lebens“ kursierten, aber aus Angst größtenteils darüber wie auch anderswo geschwiegen wurde. Nur dem tapferen Eingreifen Landesbischof Wurms und vieler Anstaltsleiter war es zu verdanken, daß diese Aktion 1942 eingestellt wurde.

5. Die Backnanger Kirche in der Kriegszeit

Der Kriegsbeginn wurde von einem Teil der Bevölkerung begeistert aufgenommen. So berichtet ein Zeitzeuge, daß er im Freibad vom Kriegsbeginn über eine Lautsprecherdurchsage erfuhr und dies mit Hurrarufen von den Umstehenden begrüßt wurde.⁹⁵ Die Haltung der Backnanger Pfarrerschaft zum Krieg ist wieder nicht eindeutig bestimmbar, wird aber in die Richtung der meisten württembergischen Pfarrer tendiert haben, die den Krieg nicht als etwas an sich Falsches ablehnten. Diese Einstellung resultierte aus der Staatstreue vieler Pfarrer zu Deutschland und damit zu Hitler. Erst gegen Ende des Krieges änderte sich diese Haltung. Hatte Landesbischof Wurm zuerst nur



Otto Bihlmaier, 1935 bis 1945 Dekan in Backnang. Bihlmaier fiel als Hauptmann der Artillerie im Februar 1945 an der Ostfront

gegen das Unrecht der NS-Regierung geklagt, das die Einigkeit des Volkes im Krieg zerstöre, so erkannte er dann die wirkliche Situation genau: (...) *Reißen Sie sich ein illusionäres Bild aus dem Herzen und sehen Sie die Wirklichkeit, so wie sie ist, nicht so, wie sie sein könnte oder sein sollte (...) Aber wer hat uns in diese scheußliche Zwickmühle gebracht? Herr Hitler, Herr Goebbels und Herr Himmler (...)*⁹⁶

Dafür, daß zumindest ein Teil der Backnanger Pfarrer dem Krieg positiv gegenüber stand, könnte die Beobachtung einiger Zeitzeugen dienen, die angaben, daß Dekan Bihlmaier und Pfarrer Gauß oft in Uniform auftraten. Aber dies könnte auch daher rühren, daß beide als Soldat eingezogen wurden. Dekan Bihlmaier wurde 1941 eingezogen, Pfarrer Gauß 1940, außerdem der Stadtvikar bei Kriegsbeginn. Vikar Ruess fiel 1941. Pfarrer Goes und Pfarrer Jetter übernahmen die Vertretung, baten aber in

⁹³ Heinz (wie Anm. 23), S. 191.

⁹⁴ Aussage Burkhardt vom 24. Oktober 1995, (wie Anm. 60).

⁹⁵ Aussage von Herrn Imanuel Kenntner, Prediger bei der Liebenzeller Gemeinschaft, vom 25. 10. 1995

⁹⁶ Schreiben Wurms an einen Pfarrer 1944. Schäfer (wie Anm. 3), S. 358.



Taufe der Zwillingssöhne (nach drei Töchtern!) von Familie Bihlmaier, Mai 1941.

einem Bericht von 1941 um eine zusätzliche Hilfskraft.

Die evangelische Kirche nahm am Leben im Krieg insofern Anteil, als im Gottesdienst für das Volk, das Vaterland, die Soldaten gebetet und die Namen der Gefallenen verlesen wurden. Außerdem war es die Aufgabe der Pfarrer, die Angehörigen der Gefallenen zu besuchen.

Für das kirchliche Leben brachte der Krieg manche Besonderheit. So lautete eine Bekanntmachung: *Nach nächtlichem Alarm findet der Gottesdienst um 10 Uhr statt. Bei einem Alarm, der am Sonntagvormittag zwischen 9.15 u. 10.15 Uhr endigt, eine Viertelstunde nach Entwarnung; bei späterer Entwarnung am Nachmittag um 5 Uhr. Bei einer Gefallenen-Feier um 16.30 Uhr.*⁹⁷ Diese Bekanntmachung erwies sich als notwendig, da zwischen dem 21. 2. 1944 und dem 15. 4. 1945 insgesamt 11 Luftangriffe auf Backnang geflogen wurden. Bei einem Luftangriff am 4. 4. 1945 wurde der Gemeindegarten der Evangelischen Kirchenpflege zerstört, nebst anderen 60 Häusern, die

kirchlichen Gebäude nahmen jedoch keinen Schaden.

Aber die Kirche wurde nicht nur von den Auswirkungen des Kriegs bedroht, sondern auch durch die „kriegsbedingten“ staatlichen Maßnahmen. Am 3. 2. 1942 mußten vier der Backnanger Kirchenglocken abgeliefert werden, am 28. 3. 1942 zwei Steinbacher Glocken. In den Tagen des Zusammenbruchs wurde der Gottesdienst kontinuierlich fortgesetzt, der Konfirmandenunterricht Ende Mai 1945 wieder aufgenommen.

6. Schlußbetrachtung

Wenn man sich die Rolle der evangelischen Kirche in Backnang in der Zeit des Nationalsozialismus vor Augen führt, so ergibt sich ein höchst vielfältiges Bild. Einerseits gab es harte Auseinandersetzungen der Kirche mit der NSDAP, den Deutschen Christen usw., Pfarrer Jetter und Pfarrer Goes wurden sogar in einem *Verzeichnis über solche Personen, die heute*

⁹⁷ Dekanatsarchiv Backnang (wie Anm. 34), Nr. 447.

noch politisch unzuverlässig, asozial sind oder wegen kriminellen Straftaten polizeilich überwacht werden müssen geführt.⁹⁶ Pfarrer Goes wurde in dieser Liste mit der offenbar niedrigsten Stufe „unzuverlässiger Personen“, Stufe 3, eingeschätzt, Pfarrer Jetter mit Stufe 2. Er war wahrscheinlich deshalb noch mißliebiger, da er bei der Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich Manipulationen an den Wahlumschlägen durch einen NSDAP-Funktionär beobachtet und dies einem Pfarrkollegen aus Dürrenzimmern mitgeteilt hatte.⁹⁷

Andererseits bat der sonst sehr kämpferische Stadtpfarrer und spätere Dekan Bihlmaier 1934 den Kreisleiter der NSDAP, Dirr, um Material über die politische Entgleisung von Pfarrern aus dem Bezirk Backnang, damit er weiteren Entgleisungen vorbeugen könne.

Insgesamt betrachtet scheinen die Backnanger Pfarrer bis auf Pfarrer Gauß den Deutschen Christen und ihren Agitationen eher ablehnend gegenübergestanden zu haben. Diese ablehnende Haltung bezog sich teilweise, jedoch in vielen Fällen nicht, auch auf das Vorgehen der NSDAP und ihrer Unterorganisationen. Im Fall der Pfarrer Jetter und Goes bestätigt das angeführte Quellenmaterial, daß sie ihrem Gewissen und dem Bekenntnis der evangelischen Kirche entgegen den Angriffen der Deutschen Christen und des Staates treu geblieben sind. Über die Einstellung von Pfarrer Karl Gutbrod, der von 1932 bis 1937 in Backnang tätig war, den Deutschen Christen und der NSDAP gegenüber, läßt sich meiner Akteneinsicht nach relativ wenig sagen bis auf die Vermutung, daß er schon 1934 aus der Bewegung der Deutschen Christen ausgetreten ist und sich somit zu der Haltung der Württembergischen Landeskirche bekannte. Dekan Bihlmaiers Verhalten ist, vielleicht sogar bewußt, nicht eindeutig. Die These von Gérard Heinz, Bihlmaier habe in Richtung der NS-treuen Deutschen Christen tendiert, wird nicht bestätigt. Dekan Bihlmaier erscheint als ein Mann, der sich zwar nie mit dem Staat oder der Partei überworfen hat und es auch nicht wollte, der aber dennoch oftmals

seiner Ablehnung bestimmter Agitationen der Deutschen Christen und der NSDAP offen Ausdruck verlieh.

Auch auf seiten der NSDAP gab es kein einheitliches Handlungsschema. Einerseits wurden die Pfarrer verunglimpft und teilweise bedrängt, und auf der anderen Seite gab die Partei sich kirchenfreundlich. In einem Bericht des Murrthalboten von 1936 über die Einweihung der Steinbacher Kirche ist zu lesen: (...) *Eine große Zahl von Gästen gesellte sich zu ihr; die Geistlichkeit des Bezirks, Behördenvertreter und solche der Partei, Handwerksmeister und ihre Gehilfen und viele andere mehr.*¹⁰⁰

Anhand der hier angeführten Beispiele und der zuvor genannten wird deutlich, daß im Endeffekt nicht verallgemeinernd und von „der NSDAP“ und „der Kirche“ gesprochen werden kann, ohne die einzelne Person und die jeweilige Situation mit zu bedenken. Aber die Situation der Backnanger Kirche spiegelt dennoch die der meisten württembergischen Pfarrer und Gemeinden wider. Überall versuchte man, sich des Einflusses der nationalsozialistischen Weltanschauung und des deutsch-christlichen Einflusses zu erwehren und treu zu Bibel und Bekenntnis zu stehen, ohne dabei jedoch sein Vaterland und die staatsbürgerlichen Pflichten zu verraten. An der Person des Württembergischen Landesbischofs Wurm läßt sich dieses Grunddilemma und ein allmählicher Gesinnungswandel festmachen, der vielleicht für viele württembergische Pfarrer analog zu sehen ist. Eugen Gerstenmaier, ein Mitglied der Widerstandsgruppe Graf Moltkes und späterer Bundestagspräsident, berichtet von einer Begegnung mit Wurm ca. 1942: *Mit einiger Vorsicht war er geneigt, meiner Auffassung zuzustimmen, daß es nicht mehr länger vertretbar sei, daß sich die Kirche nur um die Freiheit der Verkündigung bemühe, alles andere aber seinen Lauf nehmen lasse. Diese Einsicht war die Grundlage seiner Bereitschaft, über die Grenze des Kirchenkampfes hinaus mit führenden Köpfen des politischen Widerstandes in Kontakt zu treten.*¹⁰¹ Aber die Backnan-

⁹⁶ Original in Privatbesitz, Fotokopie der drei Seiten langen, 57 Personen umfassenden Liste StAB, Sammlung 3, Reich, die Abfassung des Verzeichnisses läßt sich auf frühestens 1936 und spätestens 1940 eingrenzen.

⁹⁷ Gerhard Schäfer: Dokumentation zum Kirchenkampf. Die Evangelische Landeskirche und der Nationalsozialismus. Bd. 5: Babylonische Gefangenschaft 1937-1938: Stuttgart 1982, S. 931.

⁹⁸ MB: 24. 2. 1936.

¹⁰¹ Schäfer (wie Anm. 3), S. 349.

ger Pfarrer werden sich wie der Großteil der württembergischen Pfarrerschaft nicht in dem Maße wie Landesbischof Wurm und einige Pfarrer wie Julius von Jan oder der Kirchheimer Pfarrer Mörike in der Öffentlichkeit gegen das Unrecht des Staates gestellt haben, was unweigerlich wie im Falle dieser Pfarrer Strafe und Verfolgung nach sich zog. Jeder Pfarrer, der treu zu seinem Herrn stehen wollte, versuchte an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten, die Sache dieses Herrn gewissenhaft voranzutreiben. Aber dennoch wird es vielen Pfarrern wie Landesbischof Wurm ergangen sein, der schrieb: (...) *es lag wie ein Bann über uns, es war, wie wenn einem von einer unsichtbaren Macht der Mund verschlossen wäre.*¹⁰² Die Erkenntnis, daß die Kirche als Organisation und der einzelne Pfarrer oder kirchliche Mitarbeiter durch ihr Verhalten Schuld auf sich geladen hatten, mündete in die Stuttgarter Schulderklärung vom 19. Oktober 1945. Wie die Backnanger Pfarrer zu dieser Erklärung und der Frage nach der Schuld standen, ist mir nicht bekannt. Es liegt aber im Blick auf deren Verhalten im Dritten Reich die Vermutung einer relativ ehrlichen Betrachtungsweise der jeweiligen Pfarrer nahe, was ihre eigene Person betraf.

Die von den Leitern der Bekennenden Kirche unterschriebene Erklärung hat unter ande-

rem zum Inhalt: (...) *Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben (...)*¹⁰³

Die in der Zeit von 1933 bis 1945 geschehenen Ereignisse und Fehler der Kirche müssen der Evangelischen Kirche auch heute noch immer wieder Anlaß sein, ihr Reden und Handeln zu überprüfen und am Maßstab der Bibel als der Grundlage ihres Glaubens zu messen und gegebenenfalls zu revidieren. Zwar droht heute keine Gefahr mehr durch den Nationalsozialismus oder eine deutsch-christliche Ideologie, aber dennoch stellen Benachteiligungen bestimmter Menschen aufgrund ihrer Rasse oder Religion und Angriffe auf die Bibel und den Absolutheitsanspruch Jesu Christi die Kirche vor die Frage, ob sie dem Geist der „Bekennenden Kirche“ treu bleiben will oder nicht. Diese hatte sich im Barmer Bekenntnis 1934 klare Richtlinien gesetzt: *Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.*¹⁰⁴

¹⁰² Klumpp (wie Anm. 5), S. 99.

¹⁰³ Klumpp (wie Anm. 5), S. 167.

¹⁰⁴ Schäfer (wie Anm. 1), S. 208.